

A woman wearing sunglasses and a patterned face mask is holding a large sign. The sign features the Volt logo and the text "Fahrrad fahren wie in Kopen-". In the background, another person is visible holding a similar sign with the text "Autoarr Innen". A purple flag with white stars is also visible in the upper right corner.

Volt

GENERATION EUROPA

UNSER MAGAZIN ZUR
BUNDESTAGSWAHL 2021

Ein Europa. Eine starke Demokratie.

Miteinander statt
gegeneinander

#GenerationEuropa

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE



Liebe Wähler*innen,

lasst uns gemeinsam Europa verändern!

Am 26. September 2021 ist Bundestagswahl. Zu diesem Zeitpunkt werden wir mehr als anderthalb Jahre Pandemie hinter uns haben – und die Bewältigung der Folgen vor uns. Unterdessen sind aber auch die großen Fragen unserer Zeit geblieben:

Wie schaffen wir es, die globale Erwärmung zu begrenzen? Wie gestalten wir die Digitalisierung so, dass sie unser aller Leben verbessert? Wie stärken wir integrierende Kräfte, damit sich gesellschaftliche und politische Gräben nicht verfestigen? Wie stärken wir die Europäische Union, statt sie zu schwächen?

Mit der Beantwortung dieser Fragen werden die Weichen dafür gestellt, wie die Welt, in der wir leben, zukünftig aussieht. Umso mehr sind wir besorgt darüber, wie zögerlich, umständlich und festgefahren diesen Herausforderungen begegnet wird. Auch die Pandemie zeigte wieder, dass alte Muster uns nicht nützen.

Was treibt uns an?

Wir finden, dass sich Politik an Ergebnissen messen lassen muss. An positiven Veränderungen. An Entscheidungen mit europäischem Weitblick statt nationaler Kurzsichtigkeit. Wir sind davon überzeugt, dass die Verbindung aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, guten Lösungen, die sich in der Praxis bewährt haben, und einer angemessenen Portion Idealismus heute den Unterschied machen kann – und dass wir die riesigen Herausforderungen, vor denen wir stehen, mit klugen Ideen und innovativen Reformen

meistern können. Konstruktiv, pragmatisch und progressiv.

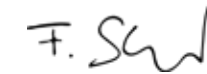
Mit diesem Ansatz überzeugen und begeistern wir eine wachsende Zahl an Bürgerinnen und Bürgern in ganz Europa. Als junge Partei bringen wir schon heute in 30 europäischen Ländern neue Energie in die Politik. In hunderten Städten und Gemeinden und mit 48 kommunalpolitischen Ämtern engagieren wir uns als Impulsgeber*innen für politische und gesellschaftliche Neuerung, als die Stimme der europäischen Einigung. Seit 2019 sind wir im Europäischen Parlament vertreten, seit März dieses Jahres im nationalen Parlament der Niederlande.

Am 26. September 2021 stellen sich die Kandidierenden von Volt Deutschland zur Wahl für den 20. Deutschen Bundestag – mit einem Plan für eine neue Politik und ein neues Europa. In diesem Magazin möchten wir Dir vorstellen, wer wir sind, was uns bewegt und was wir umsetzen wollen.

Gemeinsam können wir Europa verändern. Wann, wenn nicht jetzt?

Im nächsten Deutschen Bundestag möchten wir als die Stimme der europäischen Einigung positive Veränderungen anstoßen. Wir freuen uns auf die anstehende Bundestagswahl und darauf, Dich und Deutschland zu elektrisieren.

Für den Vorstand von Volt Deutschland



Friederike Schier



Paul Loeper

ÜBER UNS

Europäische Herausforderungen brauchen europäische Lösungen. Dabei stoßen nationale Parteien an ihre Grenzen und populistische Versprechen setzen den europäischen Frieden aufs Spiel. Deswegen haben wir Volt gegründet – eine Bewegung und Partei für ganz Europa.

Wir sind die erste paneuropäische Partei. Grenzübergreifend machen wir Politik für ein demokratischeres, föderales und transparentes Europa. Unser Ziel ist eine Europäische Republik, die von ihren Bürger*innen vereint gestaltet und demokratisch kontrolliert wird.

Wir sind paneuropäisch, pragmatisch und progressiv. In hunderten Städten und Gemeinden in ganz Europa bewegen wir Bürger*innen

dazu, Politik auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene neu zu denken und mitzugestalten. Vor dem Hintergrund gemeinsamer Werte und Ziele stellen wir mutige Fragen und machen umsetzbare Vorschläge für die Lösung gesamteuropäischer Missstände.

Wir setzen uns für den Aufbau einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft in Europa ein. Wir wollen grüne Chancen ergreifen, die Digitalisierung selbstbestimmt gestalten und unser Bildungssystem für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts neu aufstellen. Migration wollen wir menschenwürdig und verantwortungsbewusst organisieren. Es ist unser Ziel, Fairness und Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzubringen.

4 Jahre Volt Europa

März 2017 gegründet von
Andrea Venzon
Colombe Cahen-Salvador
und Damian Boeselager
als progressive, politische Bewegung

Volt ist in 30 Ländern aktiv

In 16 Ländern eine registrierte Partei

65 Amtsträger*innen in ganz Europa

11.000+ Mitglieder

20.000+ Unterstützer*innen/Volunteers

38 Jahre Durchschnittsalter

Bewegungsprojekte:
#EuropeCares #ValuesOverPower #StopHomelessness
#IvoteEurope #Eurotrain #EuropeWelcomes #WeAreEurope

Europäische Erfolge:

Damian Boeselager
wurde 2019 ins EU Parlament gewählt
Volt Niederlande ist seit 2021 mit 3 Sitzen im nationalen Parlament vertreten

Nationale Erfolge:

Regierungsverantwortung in Köln, Frankfurt und München
Volt gründete in jedem Bundesland einen Landesverband

Ergebnisse bei Kommunalwahlen 2020/21

3,7%	Aachen
2,1%	Bamberg
5,1%	Bonn
6,9%	Darmstadt
1,8%	Düsseldorf
3,7%	Frankfurt
2,3%	Fulda
1,8%	Gießen
3,9%	Heusenstamm
4,98%	Köln
1,2%	Mainz
1,8%	München
2,6%	Münster
0,6%	Paderborn
3,0%	Siegen
2,4%	Wachenheim
3,8%	Wiesbaden

1 = 1 Sitz

INHALT

EDITORIAL	3
ÜBER UNS	4
INHALT UND IMPRESSUM	5
WARUM VOLT? WARUM JETZT?	6
VOLT IN DER PRESSE	8
FÜR EINE ECHTE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE	10
NEUE POLITIK. NEUES EUROPA.	12
INTERVIEW MIT DEM VOLT EUROPA VORSTAND	18
KURZWahlPROGRAMM	22
KANDIDAT*INNEN	66
DIE PANDEMIE WIRKSAM BEKÄMPFEN	68
VOLT IN DEN SOZIALEN MEDIEN	74

IMPRESSUM

Herausgeber
Volt Deutschland
Choriner Straße 34
10435 Berlin

**Vertreten durch die
Vorstandsvorsitzenden**
Paul Loeper und
Friederike Schier

Redaktion
Mark Appoh
Moritz Cornehl
Michael Frank
Kristina Haaf
Christopher Heumann
Luzia Langhans
Nadja Wipp

Editorial Design
János Adelsberger |
www.adelsgraphie.com

Bildredaktion
Sören Pintsdorf
János Adelsberger

Titelbild
www.cinemars.de

Lektorat
Elisabeth Leifgen

Druckerei



Auflage
40.000 auf FSC-zertifiziertem Papier



V3-Webversion 1.0

WARUM VOLT?

WARUM JETZT?

Weil die globalen Herausforderungen unserer Zeit sich nur gemeinsam lösen lassen. Nicht nur die aktuelle Corona-Politik zeigt, wie sehr es an einem partnerschaftlichen Weg aus der Krise fehlt. Der Klimaschutz, die Digitalisierung, die fortschreitende gesellschaftliche Spaltung und der demografische Wandel: Kein Land kann diese Herausforderungen alleine stemmen. Deshalb müssen wir sie endlich gemeinsam angehen – mit einem starken Europa! Wir wollen die Europäische Union reformieren und ihr mehr Handlungsfähigkeit geben: Unsere Vision ist eine vereinte, föderale Europäische Republik. Denn nur mit einer kraftvollen, einheitlichen Stimme kann Europa zur Lösung der globalen Probleme entscheidend beitragen. Das ist unsere Botschaft und dafür setzen wir uns als paneuropäische Bewegung europaweit ein!

Weil Nationalismus, Populismus, Fake News und Hass Europa nicht weiterbringen. Alternative Fakten sind eben nicht die Wahrheit. Aber die aktuelle Politik lässt Unverständnis, Unsicherheiten und Politikverdrossenheit ungehindert wachsen. Wir finden: Politik muss

konstruktiv und wissenschaftsbasiert handeln. Politik verbindet und überstrahlt den Schatten pessimistischer, Angst schürender Stimmen. Deshalb haben wir uns 2017 gegründet.

Weil wir nicht nur von Europa träumen, sondern aus Europa heraus denken und agieren. Den Herausforderungen unserer Zeit begegnen wir nicht aus nationaler Perspektive, sondern schauen über den Tellerrand hinaus. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden: Verschiedene Länder in Europa halten bereits viele erfolgreiche Best-Practice-Beispiele in der Politik bereit.

Weil wir in ganz Europa für unsere Vision eintreten. Alle Volt-Teams haben als Teil von Volt Europa programmatische Ziele festgelegt, die unsere Politik europaweit leiten. Auf allen Ebenen: in Deiner Stadt, in Deinem Land und in Europa. Das macht uns als paneuropäische Partei aus.

Weil bei uns jede*r einen Platz hat: Egal ob in unserer Bewegung oder in unserer Partei. Egal wie alt, welche Geschlechtsidentität,

welche Herkunft, Sprache oder Glauben, und egal, ob mit oder ohne Behinderung. In unserer Bewegung sind alle willkommen, sich auch außerhalb der Partei zu engagieren. Mit Schildern sichtbar auf Demonstrationen für unsere Ziele eintreten, bei Hilfsaktionen im Team anpacken und sich mit anderen Europäer*innen über gesellschaftliche Lösungen austauschen. Volt-Volunteers treiben unsere Ziele voran!

Weil wir das Potenzial von Europa endlich entfalten wollen. Unsere Ziele: Ein progressives Europa mit einer aktiven und solidarischen Gesellschaft. Mit einer starken, aber klimaschützenden und sozialen Wirtschaft. Ein innovatives Bildungssystem, das Lernen individuell und lebenslang fördert. Ein Europa mit einer selbstbestimmten, unabhängigen Digitalstrategie, die unsere Daten schützt, aber offenen Austausch für sozialen Fortschritt möglich macht.

Das schaffen wir aber nur, wenn Europa an einem Strang zieht. Nur, wenn die Europäische Union jetzt reformiert wird. Denn

zukunftsweisende Entscheidungen müssen unbedingt bürger*innennäher, transparenter und pragmatischer getroffen werden. Veränderungen, die wir nur mit Deiner Stimme in Gang bringen können. Wenn Du uns in den Deutschen Bundestag wählst.

Im September geht eine politische Ära zu Ende. Die Zeichen standen noch nie so deutlich auf Neustart wie jetzt. Wir sind die progressive Stimme, die nach einem gemeinsamen Wandel ruft. Denn die Probleme unserer Generation warten nicht, sie sind mehr als dringend und sie kennen keine Grenzen. Lass sie uns europäisch angehen! Volt ist bereit!

Warum Volt? Warum jetzt? Ganz einfach:

Weil wir Politik NEU gestalten: paneuropäisch, evidenzbasiert, integrativ, transparent und als Bewegung. Wir können schon förmlich spüren, wie sich lila Energie im Bundestag ausbreitet!

EUROPÄISCH IST NICHT GLEICH EUROPÄISCH.

Das Versprechen, Europa zu fördern, geben viele Parteien. Wir wollen Europa aber mehr als „nur fördern“. Wir denken europäisch, nicht national – weil wir in erster Linie Europäer*innen sind. Dieses Verständnis setzen wir bereits jeden Tag in die Tat um. Bei Volt beginnt Europa auf der kleinsten Ebene; bei Dir vor Ort. Deshalb ist unser Motto: Europäisch denken, lokal handeln.

Unser Engagement setzt an allen Ebenen an: bei Demonstrationen auf der Straße, in Stadträten und sogar in den ersten Nationalparlamenten. Lokale und regionale

Teams tauschen sich europaweit miteinander über Politik aus und stärken den direkten Kontakt mit unseren europäischen Partner*innen. Das macht Europa persönlich und vor Ort erlebbar.

Europa ist mehr als der stabilisierende Rahmen unserer Politik, es ist Ort der gesellschaftlichen Verbindung, Ort unseres kulturellen und demokratischen Herzens! Europa denken wir immer zuerst. Dieser Gedanke bringt uns Europäer*innen überall zusammen. Das macht unseren Ansatz einzigartig.

VOLT IN DER PRESSE



Interessiert, was andere so über uns sagen? Hier gibt's einen kleinen Vorgeschmack und die Links und QR-Codes auf der rechten Seite führen Dich zu unserem Medienarchiv und Presseportal.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. März 2021



VOLT AUF DER ÜBERHOLSPUR

Der neue Shootingstar am Parteienhimmel

The Guardian, 5. September 2018



VOLT IS PROOF THAT A YOUTHFUL, PROGRESSIVE PAN-EUROPEAN MOVEMENT CAN BE CREATED FROM SCRATCH.

Süddeutsche Zeitung, 23. Juni 2018



VOLT IST GENAU SO, WIE DIE ETABLIERTEN PARTEIEN GERNE WÄREN.



VOLT IN DEN MEDIEN
volt.link/medien

hessenschau, 16. März 2021



JUNG UND EUROPÄISCH

Volt erobert die Stadtparlamente

The New York Times, 19. März 2021



A PRO-EUROPE, ANTI-POPULIST YOUTH PARTY SCORED SURPRISING GAINS IN THE DUTCH ELECTIONS

ZDFheute, 2. Januar 2021



VOLT IN NRW: DIE EUROPA-PARTEI SETZT LOKALE ANKER



PRESSE PORTAL
volt.link/presse

FÜR EINE ECHTE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE

Ein Beitrag von
Damian Boeselager*



*Damian Boeselager ist Mitgründer von Volt. Seit 2019 vertritt er Volt und die #GenerationEuropa im Europäischen Parlament.

Wann haben wir eigentlich aufgehört über die Zukunft der Europäischen Union nachzudenken?

Bis zu den Lissaboner Verträgen hat sich die EU immer kontinuierlich weiterentwickelt und angepasst. Rom, Maastricht, Nizza, Lissabon - und nun? Trotz aller europäischen Bekenntnisse hört man heutzutage immer und immer wieder aus Berlin und Brüssel, dass Änderungen der europäischen Verträge 'im Moment nicht sinnvoll sind'.

Worauf warten wir denn? Wann ist es sinnvoll, die europäischen Institutionen so anzupassen, dass sie handlungsfähig sind, um unsere gemeinsamen Probleme zu lösen? Der Traum eines vereinten Europas muss fortlaufend erneuert werden: die Europäische Union ist kein Selbstläufer und ihre Daseinsberechtigung kommt nicht automatisch.

Gleichzeitig stehen wir vor unzähligen Herausforderungen, die europäische Antworten brauchen: Klimawandel, Migration, Sicherheit, Digitalisierung und viele mehr. Sie alle können nicht nur innerhalb von Landesgrenzen gedacht werden, sondern bedürfen gemeinsam erarbeiteter Lösungen und Entscheidungsmechanismen.

Dabei ist es genauso wichtig, dass nicht alles nach Brüssel gehört, sondern politische Entscheidungen auf den richtigen Ebenen getroffen werden: Lokale Themen auf der lokalen Ebene, nationale Themen auf der nationalen Ebene und europäische Themen auf der Europäischen.

Wir bei Volt sind überzeugt, dass es echte europäische Parteien braucht, um die EU in die Zukunft zu führen. Parteien, deren Repräsentierende in Brüssel nicht vornehmlich nationale Interessen vertreten. Als Volt-Abgeordneter verstehe ich mich als Vertreter der Menschen, die für unser Programm und unsere Vision gestimmt haben - egal aus welchem EU-Land sie kommen.

Umso bedauerlicher ist es, dass das Europäische Parlament nur begrenzt die Möglichkeit hat, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Dieses "Initiativrecht", was in

Deutschland die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat haben, sollte auf der EU-Ebene unserer Meinung nach auch dem Europäischen Parlament zukommen.

Trotzdem konnten mein Team und ich in den letzten zwei Jahren viel erreichen. Ich bin stolz darauf, in vielen Nachtsitzungen vor Weihnachten das größte EU-Ausgabeprogramm aller Zeiten, den 673 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds, für das Parlament mitverhandelt zu haben. Zum ersten Mal nehmen wir dort, gemeinsam als EU, Gelder auf und verteilen sie in den Mitgliedstaaten entlang europäischer Prioritäten zur Bekämpfung des Klimawandels, der Digitalisierung und einer gemeinsamen Reformagenda. Ein weiteres Thema ist die neue im Mai fertig-verhandelte Regelung für die "Blue Card". Für europäische Unternehmen ist es immer noch besonders schwierig, Talenten aus dem EU-Ausland eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung zu ermöglichen. Besonders am Herzen liegt mir zudem die Wahlrechtsreform der EU, mit der wir einen weiteren Schritt hin zur Stärkung des Parlaments zu gehen.



Zuletzt ist aber eines sehr wichtig: um Europa besser zu machen braucht es eine wirklich europäische Politik aus Deutschland heraus. Denn oft ist es die Bundesregierung, die bei gemeinsamen Lösungen in Brüssel bremst. Nur wenn auch die deutsche Politik öfter die europäische Perspektive einnimmt, werden wir diese gemeinsamen Herausforderungen annehmen können. Auch deshalb braucht es Volt im Bundestag!



NEUE POLITIK ...

Unsere Gesellschaft steht an einem Scheideweg: Wachsender Nationalismus und Populismus, die Klimakrise und die Digitalisierung stellen uns vor gemeinsame Herausforderungen.

Von der lokalen Gemeinde bis zur europäischen Gemeinschaft, wir alle sind von ihnen betroffen – und trotzdem geht die aktuelle Politik an vielen Bürger*innen vorbei und trifft nicht den Nerv der Zeit. Wo Politik an nationalen Grenzen festhält, festgefahrene Debatten keinen Wandel anstoßen und Intransparenz zu Frustration führt, wird politisches Engagement im Keim erstickt. So kommen wir nicht weiter. Damit unsere Zukunft in die richtige Richtung steuert, müssen wir den Aufbruch endlich gemeinsam wagen, um echten politischen Wandel zu ermöglichen.

Volt denkt Politik deshalb neu. Wir bringen frischen Wind und einen Perspektivwechsel, indem wir Parlamentsarbeit mit Bewegungspolitik kombinieren. Und dabei immer eine gesamteuropäische Perspektive einnehmen. Wir holen Politik aus den Hinterzimmern dahin, wo Engagement Spaß macht: in ein buntes, motiviertes Team aus Ehrenamtlichen. Bei Volt werden alle dazu ermutigt, sich für unsere Gesellschaft zu engagieren. Denn jede Idee, jeder Austausch ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu einem demokratischeren Europa.

Doch wie erreichen wir dieses Neue Europa? Mit mutigen Ideen und klaren Impulsen gestalten wir unsere Vision. Wie die Wagen eines Zuges sind sie miteinander verbunden, bringen unser progressives Wahlprogramm europaweit auf den Weg und damit ein neues Europa ins Rollen. Unser Verständnis von Politik ist dynamisch, denn unsere Forderungen blicken nach vorne und gehen mit dem Wandel von Gesellschaft und Wissenschaft. Volts Ansätze von Neuer Politik sind die Voraussetzung für Transformation. Wir zeigen, wie Politik im 21. Jahrhundert ankommt.

Neue Politik ist paneuropäisch, evidenzbasiert, integrativ und beginnt in Graswurzel-Bewegungen. Denn Gesellschaft verstehen wir als Gemeinschaftssache. Ihre Gestaltung muss für alle offen sein.

PANEUROPÄISCHE POLITIK

Wir sind die erste Partei, die Politik aus Europa heraus denkt: Wir sind als erste paneuropäische Bewegung in 30 Ländern aktiv, europaweit vernetzt und überall für die gleichen Ziele wählbar. Unter dem Dach von Volt Europa haben sich bereits in 16 Ländern Volt-Parteien gegründet. Nicht nur unsere Arbeitsweise ist grundlegend europäisch. Wir sind als Bewegung und Partei durch dieselben politischen Leitlinien und Ziele vereint in einem verschriftlichten Programm: das **Mapping of Policies**. Dieses europäische Grundsatzprogramm haben wir gemeinsam mit allen europäischen Teilen von Volt ausgearbeitet. Das macht uns besonders.

Der wichtigste Bestandteil unserer Politik sind unsere lokalen Volt-Teams, die sich auf ganz Europa verteilen. Wir denken europäisch, handeln aber bereits auf lokaler Ebene. Denn Europa ist nichts Abstraktes, sondern findet auf jeder Ebene statt. Erst die europaweite Teamarbeit macht es uns möglich, die globalen Herausforderungen gemeinsam in der Europäischen Union anzugehen. Wir sind davon überzeugt, dass nur ein starkes Europa, eine föderale Europäische Republik, die Zukunft unserer globalisierten Welt mitgestalten und so die Herausforderungen lösen kann.

EVIDENZBASIERTE POLITIK

Der aktuelle Stand der Forschung zeigt uns, welche Gesetze und Methoden unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen. Indem wir uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fakten orientieren, holen wir das Beste aus unserer Demokratie heraus. Aber die Wissenschaft ist nicht statisch, sondern lernt dazu: Volt geht mit der Wissenschaft und setzt sich keine ideologischen Schranken. Dafür schauen wir auf europäische Best Practice-Beispiele: Fahrrad fahren wie in Kopenhagen? Sozialer Wohnungsbau wie in Wien? Digitale Verwaltung wie in Estland? Wir blicken über den nationalen Tellerrand hinaus und fragen zum Beispiel in der digitalen Diskussionsreihe „Volt meets Experts“ öffentlich nach dem Rat von Expert*innen aus ganz Europa.

INTEGRATIVE POLITIK

Weil Politik alle angeht, muss sie leicht zugänglich sein: für alle und im Hier und Jetzt. Jeder Mensch sollte sich ohne Umwege und in persönlich passendem Maße für die großen Ziele unserer Zeit engagieren können. Deshalb ermöglicht Volt politische Teilhabe mit niedrighschwelligem Mitmach-Formaten: flexibel, direkt, digital, transparent und auch in kleinem Umfang. Volt macht Politik, die keine Grenzen kennt – das gilt auch für Geschlechtsidentität, Alter, Herkunft, Sprache, Glauben und Behinderungen. Ob als Volunteer oder Parteimitglied, als Rentner*in oder Student*in und egal, wie viel persönliches Interesse oder wie viel Zeit das Berufs- oder Privatleben freigibt. Jedes Engagement ist willkommen, jede*r findet einen Platz bei Volt.

BEWEGUNGSPOLITIK

Volt ist mehr als eine Partei. Als Bewegung machen wir Politik zum Anpacken – dynamisch, unmittelbar und unbürokratisch. Wir agieren aus der Gesellschaft heraus und handeln am Puls der Zeit. Denn Politik findet nicht nur in Ausschüssen statt, sondern wird bereits auf der Straße laut. Mit unserer europaweiten Bewegung gestalten wir



die Gesellschaft länderübergreifend mit. Es braucht keine Parteimitgliedschaft, um einen politischen Wandel zu vollziehen und neue politische Strukturen aufzubauen. Un-

sere Bewegungsmittglieder machen auf Probleme aufmerksam und suchen in unserer Community nach Lösungen, unterstützen auf Demonstrationen und bei Hilfsaktionen. Mit Selbstständigkeit und Flexibilität setzen sie sich vor Ort für Volts Ziele ein. Auch im Sinne des Community Organizing-Prinzips treiben wir politisches Engagement in der Gesellschaft voran. Jede*r Volter*in ermutigt und inspiriert andere, sich eigenständig zu engagieren. So werden selbst jene aktiv, die diesen Schritt noch nie gewagt haben.

Eine beispielhafte Erfolgsgeschichte ist unsere Initiative #EuropeCares: Mit 800 Paletten Hilfsgütern, die wir für geflüchtete Menschen an den Außengrenzen Europas gesammelt haben, machen wir bereits als Bewegung einen entscheidenden Unterschied. Aus der Idee ist heute eine unabhängige Hilfsorganisation geworden.

... NEUES EUROPA.

Unsere Zukunft wird in Europa gemacht. In einem neuen Europa, das fünf Stärken hat: eine selbstbestimmte Digitalisierung, eine klimaschützende Wirtschaft, einen Neustart im Bildungssystem, eine vereinte Gesellschaft und eine Europäische Republik.

Unser paneuropäisches Wahlprogramm bringt unsere politischen Ziele wie ein Zug auf eine Reise durch Europa. Denn seine Leitlinien, das Mapping of Policies als europäisches Grundsatzprogramm, finden in vielen europäischen Ländern Anwendung. Unser Wahlprogramm stellt also die Weichen für einen progressiven Wandel in ganz Europa. Der Weg dafür steht uns offen, denn wir haben ein europaweites Netzwerk aus Volt-Teams in zahlreichen Regionen Europas. Starten wollen wir unsere Reise an vielen Orten, so auch im Bundestag.

Für eine ZUKUNFT MADE IN EUROPE!
#GenerationEuropa

NÄCHSTER HALT: EUROPÄISCHE REPUBLIK

vereint • reformiert • föderal

Allem voraus steht unsere Forderung nach einer Reform der Europäischen Union (EU). Aktuell fehlt es der EU an Einheitlichkeit und Handlungsstärke. Die Staats- und Regierungschef*innen der Mitgliedsstaaten verfolgen vor allem nationale Interessen. Durch

diese eingeschränkte Perspektive verlieren sie aus dem Auge, dass wir nur als Gemeinschaft die globalen Herausforderungen unserer Zeit wie Migration, Rechtsstaatlichkeit und digitale Wende effektiv angehen können. Wir sagen, es braucht eine Europäische Republik, die die Bürger*innen über ihre Zukunft entscheiden lässt: ein vereintes Europa, in dem die Politik bürger*innennah, aus den Regionen heraus und in einem starken Europäischen Parlament, föderal und dezentral gestaltet wird, statt von den Spitzen der Nationalstaaten.

SELBSTBESTIMMTE DIGITALISIERUNG

unabhängig • sicher • offen

Digitalisierung – ja, aber wie? Wir wollen, dass Deutschland eine Digitalisierung fördert, die Wirtschaft, Innovation und soziale Gerechtigkeit vorantreibt. Gemeinsamer Austausch und offene Schnittstellen können uns überall auf der Welt voranbringen. Wir wollen die Chancen gestalten und nicht an den Hindernissen stoppen. Und dafür setzt Volt der Digitalisierung bereits vor der digitalen Wende aktiv einen Rahmen: indem Europa eigenständig und von China und den USA unabhängige Technologien entwickelt, die den Datenschutz aller Bürger*innen gewährleisten. Eine selbstbestimmte Digitalstrategie für Europa beginnt mit der Verankerung der Digitalisierung in unserer Gesellschaft. Das bedeutet, dass der persön-

liche Nutzen, aber auch der Schutz unserer Bürger*innen die Richtung der Digitalstrategie vorgibt. Künstliche Intelligenz, technische Unterstützung und Innovationen müssen allen zugutekommen. Selbstbestimmte Digitalisierung ist offen für alle – sie fördert eine chancengerechte Teilhabe und verhindert Monopole. Sie erleichtert den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und macht staatliche Strukturen transparenter und effizienter.

KLIMASCHÜTZENDE WIRTSCHAFT

klimaneutral • unternehmerisch • sozial

Klimaschutz, Wirtschaft und Soziales können nicht getrennt voneinander gedacht werden. Wir müssen jetzt handeln, damit wir die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzen und bis 2040 europaweit klimaneutral sind. Dabei müssen wir unsere Strategie sozial gestalten, denn Klimaschutz darf kein Luxus sein. Das gelingt mit einer klimaschützenden Sozialen Marktwirtschaft, die sich an neuen Maßstäben misst: Wir stehen für eine Wirtschaft, die im Auftrag des Klimaschutzes und sozial gerecht handelt. Dazu setzen wir auf europäische Unternehmen und technische Innovationen, die dem Klima Partner*innen sind, ohne Arbeitsplätze zu gefährden und Effizienz einzubüßen. Wir sind überzeugt: Die Grenzen für erfolgreichen Klimaschutz setzen wir momentan noch selbst. Mit dem richtigen Willen in Politik und Gesellschaft dient uns unternehmerisches Innovationspotenzial als Schlüssel zum Erfolg.

NEUSTART BILDUNG

individuell • lebenslang • innovativ

Unser Bildungssystem entspricht nicht mehr der heutigen Lebensrealität. Wir leben deutlich länger und soziale Berufe werden immer wichtiger. Unsere Welt wird immer digitaler und setzt uns ständig neuen Reizen aus. Wir wissen heute viel mehr über individuelle Stärken und Schwächen und können ange-

maßen darauf eingehen. All das macht ein grundlegend neues Bildungssystem unabdingbar. Wir brauchen ein einheitliches Bildungs- und Prüfungsniveau für Deutschland, das wir aber nur erreichen, wenn die einzelnen Schulen selbstbestimmter auf lokale Gegebenheiten reagieren können. Wir sehen Bildung als lebenslangen Prozess an: In jedem Alter und für jede Persönlichkeit muss Bildung offenstehen. Stärken und Schwächen müssen individuell gefördert werden und zu jeder Lebensphase muss Unterstützung erhalten werden können. Deshalb setzen wir uns für Weiterbildungsmöglichkeiten, digitalisierte Bildungseinrichtungen sowie digitale und innovative Lernmethoden ein. Denn nur wenn Bürger*innen sich stetig weiterbilden können, schafft es unsere Gesellschaft, die digitale, klimatische und soziale Transformation transparent und gemeinsam anzugehen.

EINE GESELLSCHAFT

integrierend • solidarisch • aktiv

In einer globalisierten Welt gibt es zahlreiche Gegensätze. Dabei sind Gegensätze nichts Schlechtes, sondern Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Denn eine bunte Gesellschaft ist viel stärker gegenüber aktuellen und zukünftigen Herausforderungen: Sie handelt in gegenseitigem Respekt, solidarisch, vereint viele persönliche Stärken, ist widerstandsfähig und erweitert unsere Weltsicht. Nur wenn Gesellschaft alle einbindet und auch die Schwächsten schützt, wird ihre Kraft gestärkt. Weder staatliche noch menschliche Grenzen helfen uns, die globalen Probleme zu meistern. Unsere Zukunft gehört schließlich allen, und Gesellschaft lebt von Pluralität und Austausch. Deshalb gestalten wir Politik neu: Jede*r kann aktiv teilhaben. Als Bewegung bringen wir Politik in die Mitte der Gesellschaft. Wir bauen alle Mauern aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Berufsstand, Einkommen und anderen Merkmalen ab. Wenn wir als EINE Gesellschaft zusammenhalten, können wir es auch als EIN Europa tun.





PARTEI

FÜR EUROPA

Valerie Sternberg-Irvani von Volt Deutschland und Reinier van Lanschot von Volt Niederlande sind die Vorstandsvorsitzenden von Volt Europa. Sie koordinieren die Aktivitäten von Volt auf der europäischen Ebene. Hier sprechen die beiden über ihre Motivation, sich für Volt zu engagieren, und über das Potenzial der ersten europäischen Partei und Bewegung.

Was bedeutet Volt für Euch persönlich?

Valerie: Eine Menge. Volt bedeutet für mich, Energie zu entfalten. Es motiviert mich, eine aktive, starke Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas und der Europäer*innen zu übernehmen.

Rainier: Verantwortung zu übernehmen, um zu einer besseren Zukunft beizutragen, coole Leute zu treffen und meilenweit aus meiner Komfortzone herauszugehen, dahin, wo es richtig spannend wird.

Was ist deine Vision für Volt?

Valerie: Meine Vision für Volt ist es, eine Plattform für europäische Zusammenarbeit zu schaffen, die politisch aktiv wird, indem sie sich für gesellschaftliche Veränderungen innerhalb und außerhalb der Parlamente einsetzt - als Start für eine europäische Öffentlichkeit, eine europäische Gesellschaft.

Rainier: Ich sehe Volt als eine Kraft, die Menschen darin stärkt, die Art und Weise zu verändern, wie Politik gemacht wird, und Europa zu vereinen. Ich möchte dazu beitragen, das Potenzial unserer Freiwilligen und unserer gesamten Bewegung freizusetzen, damit

Volt beweisen kann, was mit europäischer Zusammenarbeit alles möglich ist.

Was unterscheidet Volt von anderen Parteien?

Rainier: Volt ist die erste Bewegung und Partei, die sich von den Nationalstaaten als Zentrum der Politik verabschiedet hat. Wir haben die Logik der Politik auf den Kopf gestellt. Anstatt die internationale Politik zu nationalisieren, internationalisieren wir die nationale Politik. Volt hat den ausdrücklichen Ehrgeiz, die Politik selbst so grenzüberschreitend zu machen, wie die Probleme, die zu lösen sind.

Warum glaubst Du, dass eine pan-europäische Sichtweise für unsere Gesellschaft und Politik entscheidend ist?

Valerie: Wenn wir die Herausforderungen von heute und morgen angehen wollen, ist Europa unsere beste Wahl. Wenn wir eine europäische Perspektive einnehmen, verstehen wir besser, welche grenzüberschreitenden Herausforderungen wir am besten transnational lösen, und es ermöglicht uns, voneinander zu lernen, indem wir bewährte Praktiken teilen und Best Practices nutzen.

Rainier: Der Blick aus Europa heraus kann helfen, das „Wir gegen die anderen“-Narrativ zu durchbrechen, das gefährlich spaltend wirkt. Das ist unerlässlich, um Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden.

Vielfalt ist ein wichtiger Bestandteil von Volt Europa. Wie steht die Partei zu Diversität?

Valerie: Volt folgt ganz dem Motto der Europäischen Union und zelebriert „Einheit in Vielfalt“. Wir sollten in Europa alle gleich sein, was die Rechte und Freiheiten angeht. Aber wir sollten auch alle in unserer kulturellen, gesellschaftlichen und individuellen Vielfalt geschützt sein und diese feiern. Das funktioniert natürlich nur, wenn wir uns gegenseitig mit Respekt begegnen und offen bleiben.

Könntest Du uns einige Einblicke in aktuelle und zukünftige Aktionen der Bewegung geben?

Rainier: Hier denke ich an „EuropeCares“, eine Initiative zur Versorgung von Geflüchteten, die Kampagne „ValuesOverPower“, eine Kampagne zur Unterstützung polnischer Protestierender gegen die polnischen Anti-Abtreibungsgesetze, „StopHomelessness“, eine Aktion um Anforderungen für Wohnraum zu minimieren und jetzt haben wir die Kampagne „EuropeWelcomes“, für humane Asylpolitik europaweit. Darüber hinaus gibt es viele coole nationale und lokale Aktionen und die „IVoteEurope“-Kampagne für direktere Demokratie im europäischen Wahlsystem steht an.

Welchen Rat möchtest Du dem deutschen Team für den Wahlkampf mitgeben und was ist Deine Botschaft an die Wähler*innen in Deutschland?

Valerie: Basierend auf meinen Erfahrungen aus der Wahl des Europäischen Parlaments ist das hier mein Rat an das deutsche Team: Denkt groß, verliert das Ziel nie aus den Augen und vertraut auf euer Team und euch selbst!

Rainier: Jeder Beitrag zählt. Egal wie klein oder unbedeutend das Verteilen eines Flyers oder das Liken eines Tweets manchmal erscheinen mag, es sind all die kleinen Dinge zusammen, die eine erfolgreiche Wahl ausmachen. Wir haben schon mehrfach Wahlen wegen ein paar hundert Stimmen verloren. Jede Stimme zählt. Jeder Beitrag ist bedeutsam. Mein Rat an das deutsche Team und an jede*n einzelne*n Volter*innen wäre: Erzählt immer eure eigene Geschichte. Konzentriere Dich nie auf andere politische Parteien. Geh auf die Fragen und Sorgen der Menschen ein, mit denen Du sprichst. Erzähl von den Zielen von Volt und der Art und Weise, wie Volt Politik macht.

Eine Frage an Valerie: Da Du als Kandidierende für die diesjährige Bundestagswahl antrittst, was sind Deine Motivationen und Visionen für den Wahlkampf? Was möchtest Du erreichen?

Valerie: Wir werden Herausforderungen nur bewältigen können, wenn wir europäisch denken - durch europäische Lösungen, durch pragmatische Anwendung europäischer Best Practices, und die Stärkung von Bürger*innen. Ich denke, jetzt ist der perfekte Moment in Deutschland, da die Ära Merkel vorbei ist, und viele Wähler*innen nach einer Partei suchen, mit der sie sich identifizieren können. Mein Ziel ist es zusammen mit den anderen Kandidierenden einen starken Wahlkampf zu führen und die politische Debatte mit unseren Kernbotschaften und unserer Politik zu bereichern. Und schließlich auch in den Deutschen Bundestag einziehen, um unsere Vision in der deutschen Politik lebendig zu machen. Für eine Zukunft made in Europe!

Wenn Du einer Person, die Volt noch nicht kennt, eine Sache über Volt sagen könntest – was wäre das?

Valerie: Bei Volt wirst Du Zeuge der Magie, die entsteht, wenn Menschen zusammenkommen, um für eine bessere gemeinsame Zukunft zu arbeiten.

Rainier: Mach mit bei der Veränderung!



UNSERE ZUKUNFT. MADE IN EUROPE.

UNSER KURZWahlPROGRAMM
ZUR BUNDESTAGSWahl 2021



volt.link/wahlprogramm

Wir sind Volt. Wir existieren, weil wir überzeugt sind, dass die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur gelöst werden können, wenn Europa gemeinsam handelt. In einem Europa, in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihr Potenzial voll zu entfalten. Ein Europa, das nach den höchsten Standards menschlicher, sozialer, ökologischer und technischer Entwicklung strebt.

Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen ein und sind schon heute im Europäischen und dem niederländischen Parlament sowie in mehreren Städten und Gemeinden in ganz Europa vertreten. Gemeinsam mit unserem europäischen Grundsatzprogramm macht uns das zur ersten wirklich gesamteuropäischen Partei.

Nationale Parteien und nationale Politik stoßen an ihre Grenzen, Lösungen für die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Volt ist überzeugt: Deutschland braucht Europa und Europa braucht Deutschland. Die Zukunft der EU hängt auch eng mit der Bundestagswahl zusammen. Denn es sind die nationalen Regierungen, die im EU-Rat die Zukunftsausrichtung der EU entscheiden – das EU-Parlament darf bisher selber keine Gesetze vorschlagen. Es braucht Volt also auch in Deutschland.

Warum wir? Warum jetzt? Volt steht für neue Politik, die grenzübergreifend und gemeinsam agiert sowie Nationalismus und Populismus entgegensteht. Wir fordern eine reformierte EU der Bürger*innen. Wir stehen vor drei großen Problemen: der ökologischen Krise, dem sozialen Auseinanderleben und den Folgen der COVID-19-Pandemie. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, eine neue, lösungsorientierte politische Kraft wie Volt zu etablieren. Die Bundestagswahl 2021 ist deshalb eine einmalige Chance, eine ganzheitliche Transformation anzustoßen, um Deutschland und Europa neu zu gestalten. Mit diesem Programm tritt Volt zur Bundestagswahl 2021 an. Wir wollen die großen Probleme unserer Zeit pragmatisch und progressiv angehen und die Stimme der europäischen Einigung im Bundestag werden.

EUROPÄISCH.

DEMOKRATISCH.

AKTIV.

Ein gemeinsames Europa mit einer echten parlamentarischen Demokratie, in dem nicht einzelne Staats- und Regierungschef*innen über die gemeinsame Zukunft entscheiden, sondern das direkt gewählte Parlament aller Europäer*innen – und langfristig in einer souveränen föderalen Europäischen Republik.

KLIMANEUTRAL.

UNTERNEHMERISCH.

DIGITAL.

Eine nachhaltige und generationengerechte Marktwirtschaft, die in der Dekarbonisierung, im Unternehmer*innentum und in der Digitalisierung Chancen statt Hindernisse sieht. Eine Politik, die strukturelle und technologische Innovationen fördert und mit einer sozial verträglichen Grundlage das Leben aller Menschen verbessert. Wir machen Deutschland und Europa bis 2035 CO₂- und bis 2040 klimaneutral. Mit einer selbstbestimmten digitalen Transformation mit Chancen für jeden Menschen.

SELBSTBESTIMMT.

SOLIDARISCH.

INKLUSIV.

Eine Gesellschaft, in der jede*r teilhaben und gesund leben kann. Eine Gemeinschaft, die Bildung, ein resilientes Gesundheitssystem und finanzielle Mittel bereitstellt, um in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Eine Gesellschaft mit einem starken sozialen Zusammenhalt, um gemeinsam die Herausforderungen von heute und morgen anzugehen, in der Stadt und auf dem Land. Eine Gesellschaft, in der Pluralität als Normalität anerkannt wird. In der Diskriminierung bekämpft wird und Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller zentral sind.

#1 UNSERE ZUKUNFT

EUROPÄISCH.

DEMOKRATISCH.

AKTIV.

Ein Europa mit einer Demokratie

- › Vision von Europa
- › Reform der Institutionen
- › Wahlen und Wahlrecht

Stärkung der europäischen Zusammenarbeit

- › Finanzmärkte und koordinierte Steuerpolitik
- › Gemeinsame Innere Sicherheit
- › Gemeinsame Migrations- und Asylpolitik
- › Wertorientierte Entwicklungs- und Handelspolitik
- › Klimadiplomatie
- › Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik
- › Gemeinsame Förderung von Forschung und Entwicklung
- › Gemeinsame Gesundheitspolitik

Stärkung der Demokratie in Deutschland und Europa

- › Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit
- › Individuelle Freiheiten und Rechte
- › Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung
- › Bürger*innenbeteiligung

#2 UNSERE ZUKUNFT

KLIMANEUTRAL.

UNTERNEHMERISCH.

DIGITAL.

Eine sozial-liberale Wirtschaftspolitik, die Chancen schafft

- › Unternehmen und Unternehmertum
- › Förderung von Investitionen
- › Haushalts- und Steuerpolitik

Die Transformation zur Klimaneutralität

- › Energiewende
- › Bauen und Wohnen
- › Industrie
- › Land- und Forstwirtschaft
- › Mobilitätswende
- › Kreislaufwirtschaft
- › Negative Emissionen
- › CO₂-Bepreisung

Eine digitale Transformation

- › Ein besser funktionierender, smarterer Staat
- › Digitalwirtschaft
- › Künstliche Intelligenz

Ein Neustart der Bildung

- › Frühkindliche Bildung
- › Schule der Zukunft
- › Reform der Bildungspolitik
- › Weiterführendes Lernen, Hochschulbildung und Berufsausbildung

Stärkung der sozialen Absicherung und Chancen

- › Soziale Absicherung
- › Soziale Mobilität
- › Moderner Arbeitsmarkt

Ein resilientes Gesundheitssystem

- › Gesundheitswesen und Versorgung
- › Förderung gesundheitlicher Prävention
- › Gesundheitsfachberufe

Progressive Migrationspolitik und Inklusion

- › Einwanderung
- › Asyl ermöglichen und menschenwürdig gestalten
- › Teilhabechancen von Geflüchteten und Migrant*innen

Aktive Bekämpfung von Diskriminierung

- › Direkte Unterstützung für Betroffene
- › Sexismus
- › Diskriminierung von queeren Menschen
- › Ableismus
- › Rassismus
- › Antisemitismus

#3 UNSERE ZUKUNFT

SELBSTBESTIMMT.

SOLIDARISCH.

INKLUSIV.

Die Folgen des Klimawandels und die gewalttätigen Konflikte, die sich über den ganzen Globus verteilen, obwohl wir trotz Diversität eine Gemeinschaft sind, erschüttern mich zutiefst. Ich bin überzeugte Europäerin, und auch wenn die EU ihre Schwächen hat, sehe ich sie doch als gewaltige Chance, grenzübergreifenden Konflikten grenzübergreifend zu begegnen.

Lea Zymelka



**EUROPÄISCH.
DEMOKRATISCH.
AKTIV.**

Javier Ortiz

Ich fühle mich weder als Spanier noch als Deutscher, sondern als Europäer. Und so sollten wir auch die Probleme lösen, vor denen wir alle stehen: gemeinsam und über Grenzen hinweg. Ich lebe und liebe Europa. Aber ich wünsche mir die EU transparenter und als eine echte europäische Demokratie.



Wenn wir unsere Demokratie nicht schützen und aktiv weiterentwickeln, dann wachen wir eines Tages ohne sie auf. Daher wünsche ich mir moderne Möglichkeiten zur Beteiligung, transparente Strukturen und mehr Respekt vor Grund- und Menschenrechten. Und natürlich eine klare Kante gegen die Feinde unserer demokratischen Gesellschaft.

Maximilian Ochs



EIN EUROPA MIT EINER DEMOKRATIE

Die Europäische Union (EU) ist und bleibt ein großartiges Friedensprojekt – aber sie ist mehr als nur das. Und sie ist erst recht mehr als nur ein Markt! Fairer und nachhaltiger Handel, Klimaschutz, soziale Gleichberechtigung, eine selbstbestimmte Digitalisierung und Migration sind Herausforderungen, die wir gemeinsam besser lösen. Die Idee von Europa ist die Idee der Solidarität und der gemeinsamen Werte: die Achtung der Menschenwürde, Freiheit und Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Wir wollen, dass die EU diesem Anspruch gerecht wird! In der heutigen EU untergraben nationale Interessen die gemeinsamen Ziele aller Mitgliedstaaten und die Werte der EU. Die national etablierten Parteien stoßen hierbei an ihre Grenzen. Die Herausforderungen der Zukunft fordern politische Strukturen, in denen über Grenzen hinweg gearbeitet werden kann. Hierzu muss die EU reformiert werden, denn die Zukunft liegt in einem föderalen Europa mit einer parlamentarischen Demokratie, die von und durch ihre Bürger*innen aufgebaut und gestaltet wird.

VISION VON EUROPA

➤ **Föderale Europäische Republik.** Volts langfristige Vision ist ein föderales, geeintes Europa mit einer gemeinsamen europäischen Regierung auf Grundlage einer von den europäischen Bürger*innen legitimierten Europäischen Verfassung. Für diese Vision setzen wir uns mit einem europäischen Programm auf allen Ebenen und in allen Ländern Europas ein.

REFORM DER INSTITUTIONEN

➤ **Mehrheitsbeschlüsse im Rat statt nationale Blockaden.** Derzeit bedarf es im Rat in einigen wichtigen Fragen der Einstimmigkeit bei Entscheidungen, wodurch es zu Blockaden durch einzelne Staaten kommt und gemeinsames Handeln erschwert wird. Um die Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern, sollen Entscheidungen in Zukunft grundsätzlich mehrheitlich getroffen werden.

➤ **Initiativrecht für das Europäische Parlament.** Als einziges direkt gewähltes EU-Organ muss das Europäische Parlament Gesetzesinitiativen in das Gesetzgebungsverfahren einbringen dürfen. So können die Interessen der Bürger*innen auf europäischer Ebene besser repräsentiert werden.

➤ **Reform der Europäischen Kommission.** Der*die Präsident*in der Kommission soll künftig vom Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt und die sonstigen Mitglieder nach Eignung und Kompetenz und nicht (wie aktuell) nach nationalem Proporz besetzt werden. So soll die demokratische Legitimation der Institution erhöht und fachliche Expertise gewährleistet werden.

WAHLEN UND WAHLRECHT

➤ **Gemeinsames europäisches Wahlrecht.** Wir setzen uns für ein europaweit einheitliches Wahlrecht auf Grundlage eines Zwei-Stimmen-Wahlsystems ein: Eine Stimme gilt für Direktkandidat*innen und die andere für die Liste einer europäischen politischen Partei. Die Interessen der Mitgliedstaaten werden über eine zweite Kammer, das Oberhaus, vertreten; dessen Vertreter*innen werden durch die Parlamente oder durch die Bürger*innen der Mitgliedstaaten gewählt.

➤ **Etablierung echter europäischer Parteien.** Die derzeitigen EU-Parteien sind lose Koalitionen nationaler Parteien, die häufig unterschiedliche Interessen verfolgen. Wir fordern europäische Wahllisten und eine einheitliche Besteuerung und Finanzierung der Parteien über eine EU-Parteienverordnung.

➤ **Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts.** Um die demokratische Willensbildung zu verbessern und die Repräsentativität der Institutionen zu erhöhen, sollten Bürger*innen ab 16 Jahren sowie in Deutschland lebende EU-Bürger*innen wählen und gewählt werden dürfen.

➤ **Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderung,** insbesondere bei der politischen Willensbildung, der Ausübung des Wahlrechts sowie der Wahrnehmung eines politischen Amtes. Existierende Barrieren sowie vorhandene Stigmatisierungen sollen abgebaut werden.

STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Probleme und Krisen nicht an Landesgrenzen haltmachen. Ein starkes Europa braucht nicht nur eine Reform der politischen Institutionen, sondern eine **Stärkung der europäischen Zusammenarbeit**. Uns Europäer*innen bewegen viele ähnliche Probleme, die länderübergreifend besser angegangen werden könnten, wenn wir in unterschiedlichen Bereichen der Politik – sei es im Bereich der Gesundheit, des Handels, des Klimas, der Migration, der Verteidigung, der Innen- und Außenpolitik und der Finanzen – zusammenarbeiten, koordinieren und gemeinsame Lösungen erarbeiten. Wir sehen uns nicht im Wettkampf mit anderen Mitgliedstaaten, sondern als Teil von Europa. Die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit setzt die Grundvoraussetzungen für die Lösung vieler Probleme, die wir angehen möchten, und zieht sich dementsprechend durch unser gesamtes Programm. Sie ist Kern unserer Zusammenarbeit in Parlamenten auf allen Ebenen Europas.

FINANZMÄRKTE UND KOORDINIERTER STEUER- POLITIK

- **Einrichten eines finanziell eigenständigen europäischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums** durch Erhöhung der Eigenmittel sowie langfristige Steuerhoheit. Grundlage hierfür ist eine klare gemeinsame Koordination der europäischen Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik.
- **Einführung einer Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB):** Hiernach wird für Konzerne mit Sitz in der EU ein Gesamtgewinn ermittelt und den Mitgliedstaaten zu je einem Drittel nach den Kriterien Lohnsumme, eingesetztes Kapital und Umsatz zur Besteuerung zugewiesen.
- **Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer** auf Derivate, Finanzmarktwaren und Wertpapiere.
- **Gewährleistung einer fairen Besteuerung multinationaler Unternehmen.** Voraussetzung dafür ist eine einheitliche Mindestkörperschaftsteuer in Höhe von 15 % sowie ein konsequenter Kampf gegen Steueroasen, auch in Europa.
- **Europäische Besteuerung von Digitalunternehmen** basierend auf neuen, für die Digitalwirtschaft zeitgemäßen Modellen, wie zum Beispiel auf Umsatzbasis im Land der Umsatzgenerierung.

GEMEINSAME INNERE SICHERHEIT

- **Ausbau von Europol zu einer vollwertigen Europäischen Kriminalpolizei**, die vor allem in den Bereichen der organisierten Kriminalität, der Terrorismusbekämpfung, Geldwäsche und Cyberkriminalität tätig werden kann.

➤ **Abschaffung von stationären Kontrollen der Binnengrenzen innerhalb des Schengen-Raums.** Verdachtsbedingte Stichproben werden unabhängig von den heutigen Grenzen durchgeführt.

➤ **Etablierung des europäischen Grenzschutzes als exklusive EU-Aufgabe** durch eine durch das Parlament kontrollierte Behörde, die in ihren Strukturen insbesondere auf die Bewahrung der Menschenrechte und internationalen und europäischen Gesetzgebung ausgerichtet ist. Frontex sowie alle heute existierenden nationalen Grenzschutzkräfte sollen in dieser neuen Organisation aufgehen.

GEMEINSAME MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK

- **Umsetzen eines solidarischen, europäischen und effizienten Asylsystems**, das Menschenrechte sichert, um das derzeitige systematische Leiden an den Außengrenzen zu lindern. Neben der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten wollen wir einen Verteilungsschlüssel festlegen, der sich an der Bevölkerungszahl, Bevölkerungsdichte, an Wohlstand, Alter und Wirtschaftswachstum im Aufnahmeland orientiert.
- **Große Sammellager, in denen Menschen langfristig untergebracht werden, sollen abgeschafft werden.** Stattdessen wird es eine dezentrale Unterbringung geben. Überfüllte Lager an den Außengrenzen können entlastet werden, indem Kommunen das Recht erhalten, Geflüchtete aufzunehmen, ohne dass der Bund zustimmen muss.

➤ **Entkriminalisierung und juristischen Schutz der Seenotrettung gewährleisten.** Grundlegend hierfür ist die Schaffung einer europäischen Seenotrettungsorganisation, die nicht für Grenzschutz zuständig ist und keine militärischen Ziele verfolgt. Schiffe der Seenotrettung

werden nicht am Auslaufen gehindert, sondern beim Anlegen gesichert. Zusätzlich müssen illegale Push-Backs gestoppt und bestraft werden.

WERTEORIENTIERTE ENTWICKLUNGS- UND HANDELSPOLITIK

- **Etablierung eines regelbasierten, klimaschonenden, nachhaltigen und fairen globalen Handelssystems** durch starke internationale Institutionen (insbesondere eine handlungsfähige und demokratischere Welthandelsorganisation) und das Abschließen von fairen, wertegetriebenen und klimaschützenden Handelsabkommen.
- **Etablierung eines europäischen Lieferkettengesetzes**, das Unternehmen dazu verpflichtet, Menschenrechte und Umweltstandards entlang ihrer gesamten Lieferkette einzuhalten.
- **Überprüfung der EU-Agrarsubventionen**, um Wettbewerbsverzerrungen im Handel zu verhindern. Diejenigen, die den Handel zu Lasten von Ländern des Globalen Südens verzerren, sollen ggf. abgeschafft werden. Außerdem muss der Handlungsspielraum dieser Länder für strategische Industriepolitik und (kurzfristige) protektionistische Maßnahmen erhalten bleiben.
- **Stärkung des lokalen und regionalen Handels mit Ländern des Globalen Südens** sowie eine Zunahme der Importe aus diesen Ländern gemäß der Devise „Trade over Aid“. Reformen sollen sich am Wohlergehen der lokalen Bevölkerung orientieren und keine ungleichen Abhängigkeiten verfestigen. Zusätzlich sollen Starthilfen für Unternehmer*innen durch Zugang zu Patenten, Ausbau der digitalen Infrastruktur und Priorisierung von Industriestandorten in strukturell benachteiligten Städten ermöglicht werden.

Strukturelle Diskriminierung von Arbeitnehmer*innen in der Entwicklungszusammenarbeit bekämpfen. Unter anderem sollen hierfür Führungspositionen in internationalen Organisationen geschaffen werden.

KLIMADIPLOMATIE

- **Etablierung einer europäischen Klimadiplomatiegruppe**, die klimadiplomatische Anstrengungen der EU stärkt. Diese soll durch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Generaldirektion Klima gestützt werden.
- **Ein gemeinsamer Austritt aller europäischen Länder aus dem Energiecharta-Vertrag**, der heute dafür missbraucht werden kann, die Energiewende durch Investitionsschiedsverfahren zu verzögern. Zeitgleich soll ein sogenanntes **Inter-Se-Abkommen** geschlossen werden. Diesem Abkommen sollen sich auch Länder außerhalb der EU anschließen.
- **Schaffung einer Agentur für Klimaschutz und Energiewende**, die durch das europäische Parlament kontrolliert wird. CAETA soll ein Klimaschutznetzwerk koordinieren, die Finanzierung der Energiewende sicherstellen und die Bemühungen der Klimadiplomatiegruppe unterstützen.

GEMEINSAME AUSSEN- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

- **Schaffen einer kohärenten Außenpolitik**, die Profit nicht über Werte stellt und gemeinsam auftritt. Durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU soll die EU handlungsfähiger werden, insbesondere gegenüber autokratischen Gesellschaftsmodellen, die systematisch Menschenrechte missachten.
- **Demokratisierung der Vereinten Nationen**, indem neben der Generalversammlung ein Weltparlament mit direkt ge-

wählten Vertreter*innen etabliert wird. Zusätzlich ist eine grundlegende Reform des UN-Sicherheitsrats erforderlich, um das Veto-Recht und permanente Mitgliedschaften abzuschaffen. Die gesamte EU soll bei den Vereinten Nationen lediglich durch einen*eine EU-Botschafter*in repräsentiert werden.

- **Schaffen einer europäischen Verteidigungsarmee unter parlamentarischer Kontrolle** mit einem*einer europäischen Verteidigungsminister*in, um eine selbstbestimmte Verteidigung zusätzlich zur NATO zu ermöglichen und durch einheitliche und effizientere Ausrüstung nationale Verteidigungsausgaben in Summe zu vermindern.

GEMEINSAME FÖRDERUNG VON FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

- **Forschung fördern, insbesondere zur Einführung neuer Technologien zur marktwirtschaftlichen Nutzung neuer Produkte und Dienstleistungen.** Es soll eine europäische Agentur für fortschrittliche Forschung geschaffen werden, die die Harmonisierung verschiedener Förderprogramme (z.B. EIC oder SPRIN-D) auf europäischer Ebene in einer Agentur aufsetzt und verwaltet.
- **Förderung von offenen Standards und Freier und Open Source-Software (FLOSS)** durch Einrichtung eines politisch unabhängigen, staatlich finanzierten Fonds auf deutscher und europäischer Ebene. Dies soll sicherstellen, dass offene Technologien und Standards, die essenziell für das Internet, unsere digitale Infrastruktur und die Zivilgesellschaft sind, langfristig weiterentwickelt werden.
- **Steigerung der Investitionen Europas in den Weltraum.** Zu den wichtigsten Zielen gehören die Verbesserung der Erdbeobachtung und der Nutzung der

hierbei gewonnenen Informationen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, die Erschließung weltraumgestützter Energiequellen – wie Solarenergie und Kernfusion – sowie der Abbau wertvoller Materie. Zusätzlich bedarf es einer Implementierung eines Weltraumrechts, das sicherstellt, dass die Nutzung der Chancen und Ressourcen des Weltraums am Gemeinwohl der Menschheit orientiert ist.

GEMEINSAME GESUNDHEITSPOLITIK

- **Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in gesundheitlichen Notlagen**, unter anderem durch gemeinsame Lagerhaltung von medizinischer Ausrüstung, um Versorgungsengpässe zu verhindern. Zusätzlich soll ein europäischer Versorgungsnachweis von freien Krankenhauskapazitäten und ein europaweites Warnsystem für Katastrophen und gesundheitliche Notlagen etabliert werden.
- **Stärkung der Koordinierung der gemeinsamen Gesundheitspolitik**, unter anderem durch eine europäische Präventionsstrategie zur Gesundheitserhaltung und eine europäische digitale Infrastruktur im Gesundheitswesen, welche die länderübergreifende Versorgung von Patient*innen ermöglicht.

STÄRKUNG DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Grundlegend für eine Reform der Institutionen und der gestärkten Zusammenarbeit ist eine starke Demokratie. Damit eine Demokratie funktioniert, bedarf es sowohl eines transparenten und der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Staates und wirksamer Bürger*innenrechte als auch aktiver Bürger*innenbeteiligung und demokratischer Teilhabe. Wir wollen **die Demokratie in Deutschland und Europa** stärken, damit sich eine europäische Willensbildung entwickelt und Europa von seinen Bürger*innen gestaltet und weiterentwickelt werden kann.

RECHTSSTAATLICHKEIT, TRANSPARENZ UND ÖFFENTLICHKEIT

- **Stärken der Rechtsstaatlichkeit der EU-Staaten** durch eine Verschärfung und Verbesserung des Rechtsstaatsmechanismus bei EU-Finanzmitteln. Zusätzlich bedarf es mehr Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft und für das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF).
- **Bestärken des Primats des EU-Rechts und der EU-Rechtsprechung** über nationales Recht und Justiz. Ermöglichen der individuellen Grundrechtsklage vor den europäischen Gerichten für alle EU-Bürger*innen zur effektiven Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeitskultur.
- **Erhöhung der Transparenz der Institutionen der EU**, insbesondere im Rat der EU sowie im informellen Trilog zwischen Kommission, Rat und Parlament. Zusätzlich gilt eine Selbstverpflichtung zur Offenlegung aller Lobbykontakte.
- **Schaffen einer gesamteuropäischen Medienlandschaft**, insbesondere durch Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen europäischen Rundfunk- und Medienanstalt.

INDIVIDUELLE FREIHEITEN UND RECHTE

- **Schaffung einer digitalen Grundrechte-Charta auf europäischer Ebene** zur Sicherung der Grundrechte aller Bürger*innen im digitalen Raum.
- **Schutz der Grundrechte** unter anderem durch einen vorübergehenden Stopp für das Beschließen weiterer Sicherheitsgesetze. Stattdessen soll das aktuelle Ausmaß staatlicher Grundrechtseingriffe transparent überprüft werden. Unverhältnismäßige Befugnisse sollen wieder aufgehoben werden.

- **Bekämpfen von Hass und Fake News** durch die Einrichtung einer öffentlichen Beratungs- und Clearingstelle. Zusätzlich bedarf es einer erneuten Prüfung des NetzDG, der Vereinfachung der Beweissicherung für Betroffene, Transparenzanforderungen an kleinere Betreiber*innen und der Möglichkeit der Sanktionierung (Sperrung/Löschung) von Accounts.
- **Verbot der Echtzeit-Identifizierung von Personen im öffentlichen Raum** z.B. durch Gesichtserkennungssoftware oder Gangerkennung. Entscheidend ist unter anderem auch eine Prüfung dieses Verbotes für Firmen und Privatpersonen.
- **Sicherung der Bevölkerung und Wirtschaft vor digitalen Angriffen** durch gezielte Aufklärungsprogramme und die Schaffung eines Rechtes auf Verschlüsselung.

SCHUTZ DER FREIHEIT- LICHEN DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG

- **Konsequente Aufklärung und Bekämpfung von extremistischen Strukturen aller Art.** Dazu sollen unter anderem die Ämter für Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene ausgebaut werden. Dies muss mit einer besseren Erkennung und deutlich schärferen Ahndung diskriminierender und rassistischer Strukturen innerhalb der Sicherheitsbehörden einhergehen.
- **Stärkung des Schutzes von Einrichtungen und Menschen**, die nachweislich durch Extremismus bedroht werden. Gleichzeitig sollen verstärkt Razzien genutzt werden, um extremistische Strukturen zu entwerfen. Zudem sollen Ausstiegsberatungen dauerhaft finanziert und unterstützt werden.
- **Förderung von Bildungsangeboten in Schulen**, die Schüler*innen weniger

empfänglich für extremistische Einflüsse machen sollen. Zudem sollen Lehrkräfte durch entsprechende Schulungen Radikalisierungen frühzeitig erkennen können.

BÜRGER*INNEN- BETEILIGUNG

- **Stärkung der politischen Teilhabe und europäischen Öffentlichkeit** durch Bürger*innenräte sowie Bürger*innenversammlungen. So kann die Bevölkerung sich zu Gesetzesentwürfen äußern, an politischen Entscheidungen teilhaben und ihre Gesellschaft aktiv mitgestalten.
- **Stärkung einer Beteiligungskultur im Gesetzgebungsprozess** durch Entwicklung eines Online-Beteiligungsportals, einer öffentlichen Kommentierungsphase für Gesetzesentwürfe der Bundesministerien und einer zeitnahen Bearbeitung von Petitionen durch den Bundestag.
- **Stärkung der politischen Mitbestimmung junger Menschen**, indem ein speziell geförderter Petitionsprozess für Menschen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren geschaffen wird.
- **Einführung flächendeckender kommunaler Bürger*innenbudgets**, sodass Bürger*innen aktiv mitgestalten können. Die Bürger*innenbudgets sollen einen prozentualen Anteil des jeweiligen Haushalts, mindestens jedoch 1 Euro pro Bürger*in umfassen.



Wir brauchen Unternehmer*innen, die neue Wege gehen und dafür auch Risiken auf sich nehmen. So entstehen Innovationen und Jobs mit Zukunft. Ich wünsche mir mehr Mut und Vertrauen in die vielen jungen ambitionierten Köpfe, die wir in Deutschland und Europa haben. Wir müssen dringend an den richtigen Stellschrauben drehen und Unternehmer*innentum fördern statt auszubremsen.

Lotta von Bötticher



**KLIMANEUTRAL.
UNTERNEHMERISCH.
DIGITAL.**

Wir wollen doch alle, dass unsere Kinder und Enkel in einer lebenswerten Welt aufwachsen – darum lasst uns unsere Lebensgrundlagen endlich konsequent erhalten. Das schaffen wir mit der Transformation zur Klimaneutralität! Sie ist so etwas wie unsere eigene Mondlandung, unsere gemeinsame Aufgabe, vom Dorf bis zur EU bis 2040 klimaneutral zu werden.

Maximilian Licht



Deutschland hinkt bei der Digitalisierung hinterher, das merkt man ja überall. Dabei ist hier so viel möglich. Digitalisierung kann zum Wohl der Bürger*innen funktionieren und nicht nur für die Konzerne. In Europa sollten wir zeigen, wie das geht.

Jan Langbehn



EINE SOZIAL-LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK, DIE CHANCEN SCHAFFT

Volt steht für eine starke sowie ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Marktwirtschaft. Unsere Herausforderungen wie Klimakrise, Verlust an Biodiversität, eine reformbedürftige Verwaltung sowie Bildungs- und Gesundheitssysteme, die Digitalisierung und die Folgen der COVID-19-Pandemie können nur gemeinsam gelöst werden. Wir wollen Rahmenbedingungen setzen, die positive Veränderungen, neue Arbeitsplätze und Unternehmer*innentum entstehen lassen und nicht durch Bürokratie, ineffiziente Strukturen und unzureichende Finanzierung ausbremsen. Deutschland braucht eine langfristig gedachte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die es Unternehmen ermöglicht, die Zukunft aktiv zu gestalten. Öffentliche Mittel sollen effizient und zielgerichtet eingesetzt werden, um private Investitionen zu multiplizieren, notwendige Anpassungen von Unternehmen zu ermöglichen und neue unternehmerische Chancen zu schaffen.

UNTERNEHMEN UND UNTERNEHMER*INNENTUM

- > **Generelle Vereinfachung von Unternehmensgründung und -führung** durch den Abbau bürokratischer Hürden über digitalisierte Prozesse. Gerade in Zeiten des Wandels spielen Gründungen eine wichtige Rolle, um Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Herausforderungen zu lösen.
- > **Einführung einer neuen Rechtsform, die eine langfristige Vermögensbindung bei Unternehmen im Verantwortungseigentum ermöglicht**, unter anderem auch zur Förderung von Purpose-Unternehmen. Dadurch wird das Unternehmenseigentum nicht mehr als individuelles Vermögen definiert, sondern als Verpflichtung, individuelle Verantwortung über mitarbeiter*innenbezogene Stimmrechte im Sinne der Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu übernehmen.
- > **Strikte Trennung von Wirtschaftsprüfung und -beratung**, um Interessenskonflikte zu vermeiden, faire Wettbewerbsbedingungen und eine unabhängige Prüfung für Unternehmen zu schaffen.
- > **Abschaffung der Gewerbesteuer** mit Kompensation der Einnahmeausfälle für die Kommunen. Wir reduzieren dadurch die Komplexität und erhöhen die Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei Steuerbelastungen auf Unternehmensseite.
- > **Reform der Unternehmenssteuern auf Gewinne** durch eine moderate Senkung der Unternehmenssteuersätze in Deutschland hin zu einem mittleren europäischen Niveau.

FÖRDERUNGEN VON INVESTITIONEN

- > **Förderung von privatem Investitions- und Beteiligungskapital** und Zugang zu öffentlichen Fördermitteln für junge innovative Unternehmen. Über öffentliche

Beteiligungen an privaten Investitions- und Beteiligungskapitalgeber*innen (Venture Capital Funds, Private Equity Funds) nimmt der Staat direkten positiven Einfluss auf die Kapitalausstattung der am Markt etablierten und vernetzten Investierenden.

- > **Anpassung der öffentlichen Regulierungen für Versicherungen und Pensionsfonds**, um Risikokapitalinvestitionen bspw. in grüne Technologien zu erhöhen. Durch öffentliche Bürgschaften wird ein Teil des Ausfallrisikos abgesichert.
- > **Stärkung der Mitarbeiter*innenbeteiligungen (ESOP)** insbesondere durch die konsequente Überarbeitung des Entwurfs zum Fondsstandortgesetz und die Anpassung der Vorschläge an die Unternehmensrealität vieler Mitarbeiter*innen in Startups.

SOLIDARISCHE HAUSHALTS- STEUERPOLITIK

- > **Investitionen in Klimaneutralität und die digitale Transformation müssen im Rahmen einer verantwortungsbewussten Haushaltspolitik getätigt werden**, um zukünftige, bereits heute absehbare Krisen zu bewältigen und ihnen vorzubeugen.
- > **Der Einsatz von Steuergeldern für die Wirtschaft muss grundlegend überarbeitet werden**, hin zu einer wissenschaftlich begleitenden und transparenten Wirtschaftspolitik.
- > **Subventionen müssen regelmäßig auf ihre Effizienz und Zielorientierung überprüft werden**. Insbesondere die Ministerien stehen in der Verantwortung, die verfügbaren Mittel anhand von klaren Zielen und notwendigen Reformen zu investieren.
- > **Die Schuldenbremse sollte temporär ausgesetzt werden**, um den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum für Investitionen in die Vermeidung des Klimawandels und die Digitalisierung zu schaffen.

DIE TRANSFORMATION ZUR KLIMANEUTRALITÄT

Die Klimakrise ist ein Gerechtigkeitsproblem innerhalb und zwischen den Gesellschaften sowie zwischen den Generationen. Sie ist das prominenteste Beispiel dafür, wie unsere Art zu leben die planetaren Grenzen der Erde überschreitet. Die Herausforderungen könnten größer nicht sein: Das globale CO₂-Budget zur Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5°C wird in sechseinhalb Jahren erschöpft sein; das deutsche CO₂-Budget bei gleichbleibenden Emissionen bereits 2023. Die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens rückt in weite Ferne. Doch wir nehmen uns dieser Aufgabe an! Wir sind überzeugt, dass nur eine neue, ganzheitliche Herangehensweise den Dreiklang aus Klimawende, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit möglich macht. Das verstehen wir unter der **Transformation zur Klimaneutralität**. Mit diesem Verständnis der vor uns liegenden Aufgaben werden wir unserer Verantwortung für globalen Klimaschutz gerecht. Wir führen Politikfelder zusammen und richten sie an der gemeinsamen Aufgabe der nachhaltigen Entwicklung aus. Deutschland erreicht 2035 CO₂- und 2040 Klimaneutralität. Mit Volter*innen aus ganz Europa machen wir auch unseren Kontinent bis 2040 klimaneutral.

ENERGIEWENDE

- > **Etablierung einer gesamteuropäischen Energiestrategie, die die CO₂-Neutralität priorisiert.** Dabei soll das Europäische mit dem Lokalen verbunden werden: Energieeffizienz und -suffizienz ermöglichen eine dezentrale Energieversorgung, die in ein harmonisiertes europäisches Energiesystem eingebettet ist.
- > **Ernennung eines*einer Bundesminister*in für Energie,** um die vielseitigen Aspekte der Energiewende zu bündeln.
- > **Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2030,** aus der Nutzung der Braunkohle bereits 2025.
- > **Erhöhung der ausgeschriebenen Kapazitäten für erneuerbare Energien auf ein Niveau von 25 bis 30 Gigawatt pro Jahr,** mit Fokus auf Photovoltaik und Windenergie. Private und flächensparende Ansätze erweitern die Photovoltaik-Kapazitäten. Der Aufbau von Kurzzeit- und Langzeitspeichern stabilisiert das Stromnetz und dient dem saisonalen Ausgleich.
- > **Förderung der Umsetzung von Projekten für erneuerbare Energien (EE) durch Energiegenossenschaften und -gesellschaften.** Kommunen und Anwohner*innen sollen vergünstigten Strom direkt aus angrenzenden EE-Anlagen beziehen können. Bei größeren EE-Projekten sollen die Bürger*innen und die Kommune finanziell beteiligt werden. Auch das Crowdfunding von EE-Anlagen werden wir unterstützen.

BAUEN UND WOHNEN

- > **Recht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen im Grundgesetz verankern.** Die Verfassungen von Belgien, Spanien und Portugal enthalten das explizite Recht auf eine Wohnung. Zusätzlich soll eine neue, mit Steuererleichterungen verbundene Wohngemeinnützigkeit geschaffen werden.

- > **Stärkung des nicht-profitorientierten Wohnungssektors** durch Investitionen in den sozialen Wohnungsbau sowie Genossenschaften, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu gewährleisten.
- > **Erhöhen der jährlichen Modernisierungsrate auf mindestens 4 %.** Durch Förderprogramme, Fahrpläne und eine faire Kostenverteilung soll die Modernisierung vorangetrieben werden. Mieten- und Klimakrise werden gemeinsam betrachtet, ohne dass Mietende zusätzlich belastet werden. Vermietende erhalten zusätzliche Anreize, effektive Modernisierungen durchzuführen.
- > **Förderung von Heizungstauschprogrammen und Einführung des Drittelmodells,** um zu garantieren, dass bis 2035 alle nur mit fossilen Energieträgern betreibbaren Heizungssysteme durch klimaneutrale Technologien ausgetauscht werden.

INDUSTRIE

- > **Ausrichten der gesamten Wertschöpfungskette an einem integrierten klima-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmen:** Einführung klimaneutraler Produktionsprozesse und aktiver Strukturwandel.
- > **Einsatz von Carbon Contracts for Difference,** die Technologien finanzieren, welche CO₂-Vermeidungskosten deutlich über dem aktuellen CO₂-Preis aufweisen. Diese Differenzverträge federn Investitionsrisiken ab und eignen sich zur Dekarbonisierung der Industrie.
- > **Fördern von Wasserstoff nur in den Bereichen, in denen keine Möglichkeiten zur (direkten) Energienutzung mit höherer Effizienz zur Verfügung stehen.** Langfristig soll ausschließlich grüner Wasserstoff als Energieträger und Rohstoff in Industrie und Schwerlastverkehr zum Einsatz kommen.

LAND UND FORST- WIRTSCHAFT

- **Die Land- und Forstwirt*innen sind in der Erreichung von Klima-, Biodiversitäts- und Umweltschutzziele systemrelevant und müssen entsprechend entlohnt werden.** Mit einer mutigen und langfristigen Ausrichtung der Agrarförderung und des Ordnungsrechts wird ihnen Planungssicherheit gegeben, um den Klimawandel gemeinsam zu bekämpfen.
- **Agrarförderung durch Gemeinwohlprämien**, um das System der Direktzahlungen bis 2030 zu ersetzen. Es gilt: „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“.
- **Erhöhung der geltenden Mindeststandards in der deutschen und europäischen Tierhaltung.** Mittelfristig führt dies zur Einführung eines Zertifikats für Produkte, die zu diesen Standards erzeugt werden.

MOBILTÄTSWENDE

- **Möglichmachen der Mobilitätswende im Lokalen.** Verkehr vermeiden, verlagern oder verbessern.
- **Schaffen von Anreizen zur Nutzung des Umweltverbunds, also Fuß-, Fahrrad- und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV),** unter anderem durch die Entwicklung einer europaweiten Mobility-as-a-Service-Plattform (MaaS) verbunden mit einem verstärkten Ausbau des ÖPNV und Regionalverkehrs sowie der mittelfristigen Einführung von einfachen und günstigen Flatrates für den Öffentlichen Verkehr in ganz Deutschland und Europa. Zusätzlich soll autonomes Fahren ermöglicht und die Elektromobilität durch Standardisierung und kund*innenfreundlichere Nutzung vorangetrieben werden.
- **Reduzierung der Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs** durch eine wirksame CO₂-Bepreisung. Zusätzlich sollen Höchstgeschwindigkeiten auf

deutschen Straßen reduziert werden und der Einsatz fossiler Kraftstoffe in Fahrzeugen bis 2035 verboten werden.

- **Weichen stellen, um den Deutschlandtakt bis 2030 auf die Schiene zu bringen:** Mittelfristig durch die Einsetzung eines Bundesaufgabenträgers, der die Vergabe der im Deutschlandtakt definierten Trassen nach Schweizer Vorbild per Konzessionen koordiniert. Zusätzlich durch die Zusammenführung der Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) des Bundes und die Befreiung von der Gewinnmaximierung; EIU und Verkehrsunternehmen verbleiben in staatlicher Hand und Teil des DB-Konzerns.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

- **Verschwendung von Lebensmitteln deutlich reduzieren,** langfristig durch ein Verbot der Entsorgung von unverkauften Lebensmitteln nach französisches Vorbild.
- **Nachhaltige Mode fördern:** unter anderem durch die Einführung eines Nachhaltigkeits-Labels, Verbot der Vernichtung unverkaufter neuer Kleidung, Etablierung eines Zweitmarkts für Textilien durch Weiterverkaufs-, Reparatur- und Mietmodelle. Zusätzlich wollen wir Forschung sowie Trenn-, Sammel- und Verwertungssysteme stärker ausbauen.
- **Kunststoff-Abfall reduzieren** durch die Einpreisung des Einsatzes von fossilen Primärrohstoffen sowie den Ausbau von europäischen Pfand- und Mehrwegsystemen. Zusätzlich soll die Transparenz gegenüber Verbraucher*innen durch die Einführung eines Labels gestärkt werden, welches Auskunft darüber gibt, inwiefern Kunststoffe im Kreislauf geführt werden.
- **Nutzungsdauer von Elektrogeräten verlängern und Elektromüll reduzieren,** unter anderem durch die Erhöhung der gesetzlichen Gewährleistungsfrist von zwei auf fünf Jahre und die Einführung einer Recyclinggebühr (vRG) nach Schweizer Vorbild.

NEGATIVE EMISSIONEN

- **Entwicklung einer langfristigen europäischen Strategie der Kohlenstoffnegativität.** Negative Emissionen können helfen, das 1,5 °C-Ziel einzuhalten. Wir stellen unsere Kompetenzen als Technologation zur Verfügung und setzen uns für weltweite, großskalige Projekte zum aktiven Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre ein. Die Vermeidung neuer Emissionen und das Rückholen von CO₂ aus der Atmosphäre erfolgen komplementär und gleichzeitig. Negative Emissionen sind kein Freifahrtschein für neue Emissionen.
- **Maßnahmen zur CO₂-Abscheidung** beinhalten ausgiebige Aufforstungsmaßnahmen, den vermehrten Einsatz von Pflanzenkohle in Land- und Forstwirtschaft, technische Verfahren wie die Direktentnahme von CO₂ aus der Atmosphäre (DAC) und Hybridlösungen wie Bioenergie in Kombination mit Kohlenstoffabscheidung (BECCS).

CO₂-BEPREISUNG

- **Kernelement unserer Klimapolitik ist eine am 1,5 °C-Ziel ausgerichtete und möglichst EU-weit geltende CO₂-Bepreisung.** Idealerweise setzt eine gestärkte EU diesen Preis durch, sodass mittelfristig ein wirksamer europäischer CO₂-Preis entsteht, der um einen CO₂-Ausgleichszoll an den Außengrenzen der EU ergänzt wird (Border Carbon Adjustments/BCAs). Deswegen soll das in Deutschland geltende nationale Emissionshandelssystem möglichst schnell in das europäische Emissionshandelssystem überführt werden.
- **Kurzfristig wird der nationale Emissionshandel zur Grundlage wirkungsvoller Klimapolitik aufgebaut.** Das Festpreissystem wird abgeschafft und die Mindest- und Höchstpreise der CO₂-Zertifikate werden im Zeitverlauf erhöht. 2025 soll ein Preiskorridor von 70 bis 100 Euro und 2030 ein Preiskorridor von 100 bis 300 Euro pro Zertifikat erreicht werden.

Der Emissionshandel wird auf alle fossilen Brennstoffe ausgeweitet.

- **Die Transformation wird so sozial gerecht wie möglich gestaltet.** Die Erlöse der CO₂-Bepreisung sollen zu gleichen Teilen als direkte Rückzahlung an die Bürger*innen (Klimadividende), als Subventionen für grüne Produkte und für staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung genutzt werden. Umfangreiche Programme zu Umschulung und Wiederbeschäftigung begleiten den Strukturwandel.

EINE DIGITALE TRANSFORMATION

Die Digitalisierung beeinflusst unser tägliches Leben, unsere Wirtschaft, Arbeitswelt und unsere Gesellschaft. Wir haben jetzt die Chance, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz so zu gestalten, dass sie unser aller Leben verbessern. Allerdings sind europäische Staaten, Bürger*innen und Unternehmen von amerikanischen und chinesischen Technologien und Konzernen abhängig, die den Schutz unserer persönlichen Daten und grundlegende demokratische Werte nicht achten. Deutschland hängt schon heute sehr hinterher. Ob in der Verwaltung, in der Wirtschaft oder in der Forschung: Die Innovationen finden anderswo statt. Bislang schauen wir deswegen neidisch nach Estland. Lasst uns das ändern! Wir fordern eine selbstbestimmte europäische Digitalstrategie, die den Nutzen für Bürger*innen im Fokus hat. Dafür brauchen wir eine grundlegende Verankerung der Digitalisierung in unserer Gesellschaft. Wir benötigen eine **digitale Transformation!** Die Digitalisierung der staatlichen Administration und öffentlicher Dienstleistungen muss den Zugang für alle erleichtern, Chancengleichheit gewähren und die Effizienz und Transparenz in der Staatsführung erhöhen.

EIN BESSER FUNKTIONIERENDER, SMARTER STAAT

- > **Einsetzen eines handlungsfähigen Digitalministeriums**, um die Digitalkompetenzen des Bundes zu bündeln und die digitale Transformation in allen Bereichen voranzutreiben.
 - > **Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums herauslösen**, um Interessenkonflikt zwischen der Stärkung der IT-Sicherheit und dem Interesse von Sicherheitsbehörden an der Ausnutzbarkeit von Sicherheitslücken zu beseitigen. Das BSI soll dem Digitalministerium untergeordnet werden.
 - > **Digitalisierung der Verwaltungen:** Dabei müssen alle digitalen Angebote möglichst barrierefrei sein, um keine Personengruppen zu benachteiligen. Ferner sollen alle durch den Staat erhobenen Daten, bei denen dies rechtlich möglich ist, als Open Data zugänglich sein.
 - > **Nutzung von möglichst ausschließlich quelloffener Software (Open Source) und offener Standards durch staatliche Institutionen.** Dadurch wird die Abhängigkeit von privaten Anbietenden reduziert und durch Steuergelder finanzierte Entwicklungen kommen der Allgemeinheit zugute.
- ## DIGITALWIRTSCHAFT
- > **Flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Anschlüssen und 5G-Mobilfunk bis 2027** durch Verringerung des bürokratischen Aufwands und Erlassen der Selbstbeteiligungskosten für Kommunen. Langfristig soll der Internetanschluss Teil der öffentlichen Grundversorgung werden.
 - > **Gesetzliche Festschreibung von Netzneutralität**, damit kein Dienst, kein Gerät und kein*e Teilnehmer*in im Hinblick auf

Zugang oder Übertragungsgeschwindigkeit bevorzugt oder benachteiligt werden kann.

- > **Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs im digitalen Raum**, unter anderem durch die Verpflichtung großer Digitalplattformen zur Bereitstellung offener Schnittstellen, um mit kleineren Anbietenden kompatibel zu sein.
- > **Stärkung des Verbraucher*innenschutzes für Smart Devices**, unter anderem durch eine klare Kennzeichnung möglicher Privatsphäre-Risiken (wie etwa verbauter Sensoren), die verpflichtende Bereitstellung von beim Kauf beworbenen Online-Services und Sicherheits-Updates und die Achtung grundsätzlicher Prinzipien der IT-Sicherheit.
- > **Entwicklung einer europäischen Urheberrechtsverordnung ohne Upload-Filter** unter Einbezug valider Interessen (z.B. der Kreativwirtschaft und der Bevölkerung) und Prüfung innovativer Elemente wie Bagatellgrenzen, Upload-Warnung und Micropayment-Systeme.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

- > **Gründung eines neuen, europäischen KI-Kompetenzzentrums Centre for European Research on Artificial Intelligence (CERAI)**, das sich mit KI-Forschung und der Bereitstellung rechts- und ethikkonformer KI-Produkte und Dienstleistungen befasst und eine effektive Regulierung ohne Ausbremsung der Entwicklung ermöglicht.
- > **Unterstützung einer wertebasierten KI-Regelung auf europäischer Ebene** zur einheitlichen und angepassten Verhinderung von Grundrechtseingriffen sowie Schaffung von Standards und Sicherstellung des europäischen digitalen Binnenmarktes.
- > **Stärkung des KI-Verständnisses in der Gesellschaft** durch Förderung von vermehrten Informatik-Lehrinhalten in der frühen Ausbildung.

**SELBSTBESTIMMT.
SOLIDARISCH.
INKLUSIV.**

Bildung heißt für mich lebenslange Freude am Lernen und am Entdecken meiner Stärken. Ziel sollte sein, dass jede*r die eigene Zukunft souverän gestalten kann. Dafür brauchen wir ganz neue Ansätze.

Johanna Reichel



SELBSTBESTIMMT.

SOLIDARISCH.

INKLUSIV.

Für unsere liberale Gesellschaft ist es essenziell, dass wir Vermögenskonzentration reduzieren und gleichzeitig Vermögensaufbau für jede*n ermöglichen. Diese schwierige Aufgabe ist mein Herzensthema.

Dr. Florian Köhler-Langes



Unser Gesundheitssystem wird schon viel zu lange von Zahlen bestimmt. Wir brauchen einen Wechsel im System, der wieder die Menschen im Gesundheitswesen in den Mittelpunkt stellt und die Prävention fördert.

Fabio Sánchez Copano



Bei uns erfahren viele Menschen Ausgrenzung und Diskriminierung. Für viele ist das trauriger Alltag. Ändern wir das, sind wir auf dem besten Weg zu einer inklusiven, zukunftsorientierten Gesellschaft.

Verena Hohn



EINEN NEUSTART DER BILDUNG

Bildung ist das Fundament unserer Gesellschaft, unserer Demokratie und vor allem unserer Zukunft. Gleichzeitig stehen wir (zusammen mit den jüngeren Generationen) vor großen Herausforderungen wie zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen oder sich schneller verändernden Arbeitswelten und Lebensumständen. Bildung ist die Schnittstelle zwischen diesen Herausforderungen und deren Lösungen. Unser Bildungssystem stammt aus einem vorigen Jahrhundert und bereitet uns nicht auf die Herausforderungen unserer zukünftigen Gesellschaft vor. Wir fordern mehr Selbstbestimmung für Schulen, um den eigenen Gegebenheiten gerecht zu werden, und gleichzeitig verbindliche nationale Standards. Wir denken Bildung neu – lebensnah, wissenschaftlich fundiert, inklusiv und chancengerecht für alle. Im Kern stehen die individuelle Förderung der Stärken und Potenziale aller Schüler*innen und ein Schulsystem, das lebenslangen Zugang zu allen Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten schafft, sowie der Mut zu innovativen Lehrmethoden in konsequent digitalisierten Schulen, Ausbildungsstätten, Universitäten und Bildungseinrichtungen. So schaffen wir es, allen Bürger*innen die Chance zu geben, sich jederzeit weiterzubilden, um sich persönlich zu entfalten, aktiv Demokratie zu leben, soziale Kompetenzen weiterzuentwickeln sowie an einer immer dynamischeren Welt teilhaben und diese gestalten zu können.

SCHULE DER ZUKUNFT

- **Individualisiertes Lernen:** Etablierung einer inklusiven, räumlich zusammengeführten Schulform, in der jede*r Schüler*in einen eigenen Lernweg verfolgen kann, nach Neigungen und Fähigkeiten, und durch die Bereitstellung von fachspezifischen Kursen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus.
- **Einführung einer Lernstruktur, in der sich spielerische, kognitiv anspruchsvolle, kreative und sportliche Angebote im Laufe des Schultages abwechseln.** Dies wird durch Einführung eines Ganztags-Modells ermöglicht.
- **Lernen in offenen Lernlandschaften,** in welchen Schüler*innen in Kleingruppen oder nur für sich am eigenen Lernprozess arbeiten. Lehrkräfte arbeiten in multiprofessionellen Teams, fungieren als ständige Lernbegleiter*innen, geben unmittelbar Feedback und setzen Impulse.
- **Wir fördern entscheidende Fähigkeiten für das 21. Jahrhundert: Kommunikation, Kollaboration, Kreativität sowie kritisches Denken in der analogen und digitalen Welt.** Damit unterstützen wir junge Menschen darin, ihr Leben sowie die (digitale) Welt, in der sie leben, (selbst-)bewusst, informiert und kreativ zu gestalten.
- **Eine umfassende digitale Infrastruktur** ist eine Voraussetzung der inklusiven und stark individualisierten Schule der Zukunft. Jede Lehrkraft und jede*r Schüler*in ist mit Lehr-/Lerngeräten ausgestattet, IT-Fachpersonal sichert die Wartung der schulischen Infrastruktur, digitale Kompetenzen werden fortlaufend ausgebaut.
- **Multiprofessionelle Teams in allen Schulen schaffen Bedingungen, die allen Schüler*innen entsprechende Förderangebote bieten.** Inklusion ist ein lebenslanger und gesellschaftsübergreifender Prozess; jedes Kind hat das Recht, inklusiv am schulischen Leben teilzunehmen.

REFORM DER BILDUNGSPOLITIK

- **Etablierung gemeinsamer Abschlüsse,** indem alle Länder verpflichtet sind, für Schulabschlussprüfungen Aufgaben aus einem gemeinsamen Pool an Aufgaben zu verwenden. Zusätzlich sollen bundesweite Bildungsstandards für alle Jahrgänge und Fächer geschaffen werden, um einen bundesweit gleichmäßigen und gerechten Rahmen für Bildungsqualität zu gewährleisten.
- **Gründung einer Bundesbildungskommission,** die die Kultusministerkonferenz ersetzt und als Steuergremium bildungspolitische Reformen bundesländerübergreifend initiiert. Ziel dieser Kommission ist, bildungswissenschaftliche Erkenntnisse in die Politik zu überführen und die Bildungsqualität in Deutschland insgesamt vergleichbar zu machen. Länder behalten ihre gesetzgebenden Kompetenzen, da alle Beschlüsse der Kommission von Landesparlamenten in Landesgesetzen realisiert werden müssen.
- **Das auf GG Art. 30 basierende Kooperationsverbot soll aufgehoben werden,** um eine effektivere Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene zu ermöglichen.
- **Stärkung der Schulautonomie,** sodass vor Ort spezifisch auf Herausforderungen und Zielsetzungen der Schulgemeinschaft eingegangen werden kann. Außerdem können neue Konzepte wie alternative Ansätze bei der Leistungsmessung und freie Formen des selbstgesteuerten Lernens entwickelt werden. Zudem bedarf es eines Ausbaus der Ressourcen für Schulen, mit besonderer Förderung von Schulen in sozial benachteiligten Regionen und Bezirken.
- **Stärkung regionaler, internationaler und thematischer Schulnetzwerke** und der Möglichkeiten für Experimente in der Schul- und Unterrichtsentwicklung.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

➤ Die Qualität frühkindlicher Bildung soll flächendeckend ausgebaut werden.

Ein guter Personalschlüssel, individuelle Förderangebote und fortlaufende Qualitätssicherung machen die Kita zu einem lebenswerten Ort für alle Kinder. Die Kita ist beitragsfrei.

➤ **Sicherstellung, dass alle Kinder bereits vor Schuleintritt Kompetenzen im sprachlichen, motorischen und sozialen Bereich ausbauen können.** Frühkindliche Bildung ist die Grundlage einer chancengerechten Bildung, da die bei Schuleintritt bestehenden Unterschiede oft nicht mehr ausgeglichen werden können. Daher soll der Kita-Besuch verpflichtend sein, sobald die Qualität frühkindlicher Bildung flächendeckend gesichert ist.

➤ **Der Erzieher*innenberuf soll deutlich attraktiver gemacht werden,** indem die Ausbildung und Weiterbildung kostenfrei und stark ausgebaut wird. Eine höhere Vergütung erkennt den wichtigen gesellschaftlichen Beitrag von Erzieher*innen an.

LEBENSBEGLEITENDES

LERNEN, HOCHSCHUL-

BILDUNG UND BERUFS-

AUSBILDUNG

➤ **Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen** durch ein breites Angebot unterschiedlicher Kurse in allen Regionen. Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung soll allen zur Verfügung stehen.

➤ **Den Bafög-Zugang vereinfachen und erleichtern.** Ein Studium sollte niemals aus finanziellen Gründen verhindert werden und bleibt deswegen frei von Studiengebühren.

➤ **Flexibles, mobiles und interdisziplinäres Studium ermöglichen.** Studierende können mehr fachfremde Inhalte belegen. Der Wechsel zwischen Hochschulen und ins Ausland wird erleichtert. Die Studiengestaltung inklusive Auslandssemester, Urlaubssemester und Praktika wird erleichtert.

➤ **Die Wissenschaft stärken,** indem wir mehr langfristige Stellen in der akademischen und forschenden Laufbahn schaffen und Forschungsergebnisse von Wissenschaftskommunikator*innen verständlich der Öffentlichkeit vermittelt werden.

➤ **Finanziellen Hürden für Auszubildende entgegenzutreten.** Auszubildende werden mindestens auf Bafög-Niveau vergütet und können staatlich anerkannte Ausbildungen kostenfrei absolvieren.

➤ **Dem Fachkräftemangel entgegenzutreten.** Schüler*innen erhalten umfassende Berufsorientierung, die die Chancen einer Berufsausbildung aufzeigt. Unternehmen und Staat arbeiten zusammen, um regionale Differenzen der Fachkräftebedarfe zu identifizieren und regulatorische Hemmnisse abzubauen.

➤ **Ausbau von europäischen Ausbildungen/Ausbildungsmöglichkeiten** durch unbürokratische ErasmusPlus-Angebote und die Möglichkeit zu mindestens 4-wöchigen Auslandsaufenthalten im Rahmen eines Sprachkurses oder Praktikums.



STÄRKUNG DER SOZIALEN ABSICHERUNG UND CHANCEN

Wir streben eine solidarische Gesellschaft an, in der wir individuelle Lebenswege würdigen und anerkennen. Um dieses Gesellschaftsbild zu realisieren, benötigen wir entstigmatisierte und bessere soziale Sicherungssysteme, die Menschen gesellschaftliche Teilhabe und verschiedene Arten der Lebensplanung ermöglichen. Wir wollen besonders vulnerable Menschen wie Obdachlose oder Jugendliche, die in stationären Unterbringungen oder Pflegefamilien wohnen, besser unterstützen. Wir wollen gesellschaftlicher Zersplitterung entgegenwirken und Chancengleichheit verbessern, indem wir eine größere Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Einkommens- und Vermögensverteilung fördern. Um dies zu ermöglichen, benötigen wir den Ausbau der Tarifbindung, einen breit geförderten Vermögensaufbau für geringe und mittlere Einkommen und eine ausgewogene Erbschaftsteuer. Darüber hinaus ist die Arbeitswelt in einem starken Wandel, der von der Politik sorgsam begleitet werden sollte. Besonders Selbständige, unter anderem Kunst- und Kulturschaffende, benötigen bessere Rahmenbedingungen. Um Geringverdiener*innen besser zu stellen, wollen wir im Niedriglohnsektor aktiv werden und uns für mehr langfristige sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze einsetzen. Durch **Stärkung der Chancengleichheit** wollen wir unsere offene Gesellschaft weiterentwickeln und unsere Demokratie stützen. Dieser Zusammenhalt ist die Grundvoraussetzung, um die anstehenden großen Transformationen gemeinsam zu meistern und niemanden dabei zurückzulassen.

SOZIALE ABSICHERUNG

- **Sofortige Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (SGB II/SGB XII)**, um ein Leben in Würde für alle zu gewährleisten, einen Ausweg aus Armut zu ermöglichen und insbesondere generationsübergreifender Armut entgegenzuwirken. Dabei sind Änderungen in den Bereichen Zuverdienstregelung, Schonvermögen, Sanktionen und insbesondere eine Überarbeitung der Regelungen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen essenziell. Die aktuellen Regelsätze werden pauschal und einmalig um 100 € pro Monat erhöht.
- **Abschaffung des Ehegattensplittings und Nutzung der daraus resultierenden Mehreinnahmen zur Erhöhung des Kindergeldes auf 300 € pro Monat und Kind sowie Ausbau der Kinderbetreuung.** Die Abschaffung erfolgt stufenweise, erst für alle neuen Ehen, fünf Jahre später für alle Ehen jüngerer Paare und erst nach 25 Jahren für alle übrigen bestehenden Ehen.
- **Ausweitung und wissenschaftliche Begleitung von Housing First in Deutschland und Europa**, um eine nachhaltige Reduktion von Obdachlosigkeit zu erreichen. Im Bereich der Prävention möchten wir das Konzept der Fachstellen fördern, in denen Hilfen für wohnungs- und obdachlose Menschen zentral und koordiniert angeboten werden.

SOZIALE MOBILITÄT

- **Einführung einer progressiven Schenkungs- und Erbschaftsteuer**, die Vermögenskonzentration entgegenwirkt, ohne Vermögensaufbau in der breiten Masse und Unternehmensnachfolgen zu gefährden.
- **Förderung von Vermögensaufbau für kleine und mittlere Einkommen** durch eine Grundbildung über Finanzthemen für alle Bürger*innen. Hiermit wird Aufklärung über Risiken und Möglichkeiten des

eigenen finanziellen Handelns geleistet, angefangen bei der Haushaltsführung bis hin zur Investition in Finanzprodukte.

MODERNER ARBEITSMARKT

- **Atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Midijobs und kurzfristige Beschäftigung als Beschäftigungsmodell abschaffen** und eine echte Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen mit jedem Umfang an Arbeitsstunden ermöglichen.
- **Erweiterung der Förderung und Absicherung von Kunst- und Kulturschaffenden** durch die Erweiterung von bestehenden Förderkonzepten. Die soziale Absicherung für Kunst- und Kulturschaffende soll im Rahmen der Künstlersozialkasse und auch durch bildende Maßnahmen, strukturell über eine entsprechende Plattform, aber auch innerhalb der Ausbildung, erweitert werden.
- **Anpassung der Arbeitswelt für ortsunabhängiges Arbeiten:** Arbeitnehmer*innen, die ortsunabhängig arbeiten möchten, sollen dies von ihren Arbeitgebern ermöglicht bekommen. Wenn sie den Wunsch eines*einer Arbeitnehmer*in nach ortsunabhängiger Arbeit ablehnen, müssen sie dies begründen.

EIN RESILIENTES GESUNDHEITSSYSTEM

Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der besten in Europa. Die Corona-Pandemie hat uns jedoch Verbesserungsbedarfe hinsichtlich der Planung, Ausrichtung und Steuerung des Gesundheitssystems deutlich aufgezeigt. Eines der Hauptprobleme liegt beispielsweise im Zielkonflikt zwischen ökonomischen Interessen und den Bedürfnissen der Patient*innen und Angestellten. Gesundheit ist kein handelbares Gut. Ein innovatives, zukunftsweisendes, **resilientes Gesundheitswesen** darf daher nicht nur danach fragen, wie Krankheiten effektiv behandelt und Patient*innen effizient versorgt werden können. Volt setzt sich für eine Neuausrichtung des Gesundheitssystems ein, die Gesundheit als Ganzes fokussiert. Es bedarf einer Umorientierung des Gesundheitswesens von einem krankheitsorientierten System hin zu einem gesundheitsorientierten System. Dazu gehört auch ein gesamtgesellschaftlicher Dialog darüber, wie Menschen gesund leben, in Würde altern und in Würde sterben können. Gesundheitsreformen müssen bei allen Menschen ankommen und einen barrierefreien Zugang zu einem effizienten, digital ausgebauten Gesundheitssystem gewährleisten, das sich an Einzelnen orientiert. Das heißt vor allem, dass die Gesundheitsfachberufe neu geordnet und Arbeitsbedingungen sowie der Nutzen und die Nutzbarkeit gesundheitlicher Dienstleistungen für die Bürger*innen verbessert werden müssen.

GESUNDHEITSWESEN UND VERSORGUNG

- > **Förderung einer transdisziplinären Kooperationskultur** durch verstärkte Zusammenarbeit aller Professionen und Patient*innen im Gesundheitswesen.
- > **Einleitung einer digitalen Transformation des Gesundheitswesens**, um Einrichtungen zu vernetzen, Arbeitsabläufe zu verbessern und Ressourcen nachhaltig zu schonen.
- > **Gründung einer unabhängigen Bundesgesundheitskommission**, die alle Entscheidungsträger*innen im Gesundheitsbereich vertritt.

FÖRDERUNG GESUNDHEIT- LICHER PRÄVENTION

- > **Unterstützung und Verbesserung der psycho-sozialen Situation der Menschen durch finanzielle und personelle Aufstockung der Sozialarbeit.** Im Bereich Bildung muss Lehrkräften und Erzieher*innen mehr psychologisch-pädagogisches Rüstzeug zur Bewältigung kritischer Situationen vermittelt werden. Weiterhin sind in diesem Zusammenhang auch die Suchterkrankungen jeder Art hinsichtlich der Gründe, der Entstehung und des Verlaufs näher zu untersuchen und zu behandeln.
- > **Einführung einer Zuckersteuer und Kennzeichnungspflicht** des gesundheitlichen Nährwerts von Nahrungsmitteln.
- > **Etablierung einer effektiven, evidenzbasierten und progressiven Drogenpolitik**, die sich in erster Linie um Prävention, Schadensminderung und Hilfe für Konsumierende sorgt. Um das zu erreichen, wird die Entkriminalisierung aller Drogen nach dem portugiesischen Modell umgesetzt. Ebenfalls soll verstärkt nach isländischem Vorbild in die (Jugend-)Prävention inves-

tiert werden. Konsumierende sollen ein vielseitiges Hilfsangebot und einfacheren Zugang zu Therapien erhalten.

GESUNDHEITSFACHBERUFE

- > **Angemessene Vergütung aller Gesundheitsfachberufe**, um sicherzustellen, dass die Vergütung dem Niveau der Verantwortung und der Ausbildung angemessen ist.
- > **Anerkennung der Bereitschaftszeit als volle Arbeitszeit.** Die Reduktion der ununterbrochenen Ruhezeit und die Verlängerung der maximalen täglichen Arbeitszeit in Ausnahmefällen für in Gesundheitsberufen tätige Personen muss abgeschafft werden. Manipulationsfreie und vollständige Zeiterfassung soll eingeführt werden. Zusätzlich werden definierte, bedarfsorientierte und evaluierende Personaluntergrenzen für alle Bereiche eingeführt.
- > **Stationshilfen sollen in Altenheimen und Krankenhäusern zum Standard werden**, um ärztliches und pflegerisches Personal zu entlasten.
- > **Jugendlichen ohne Berufsausbildung aus der EU** soll die Möglichkeit geboten werden, in Deutschland eine Ausbildung in einem Gesundheitsfachberuf zu erlernen.
- > **Schaffung von Aufbau-Studiengängen zur dualen Ausbildung für alle Gesundheitsfachberufe**, um eine wissenschaftliche Weiterentwicklung der Profession durch Berufsangehörige zu fördern.
- > **Förderung einer verbesserten Work-Life-Balance für Ärzt*innen** durch die Überprüfung des generellen Verbots von Opt-Out-Klauseln (eine Regelung, die eine dauerhafte Überschreitung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 48 Stunden ermöglicht). Langfristig ist anzustreben, den Ärzt*innenmangel zu beheben, um Opt-Out-Klauseln überflüssig zu machen.

- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen Pflegender** durch Etablierung einer Bundespflegeberufekammer, um eine politische Vertretung und sorgsame Gestaltung der Ausbildung Pflegender sicherzustellen. Zusätzlich soll das Buurtzorg-Modell aus den Niederlanden etabliert werden, das als ganzheitlich patient*innenorientiertes Konzept positive Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Pflegenden hat.
- **Verbesserung der Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der 24-Stunden-Hilfskräfte** durch die konsequente Meldung ihres Tätigkeitsfeldes an den Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen (MDK) und durch diesen durchgeführte Beratungen und Prüfungen bezüglich rechtlicher Rahmenbedingungen.
- **Erhöhung der Rentenansprüche um 1/3 für Beschäftigte der Gesundheitsfachberufe mit direktem Patient*innenkontakt**, um echte Wertschätzung für die Beschäftigten zu erreichen und die Absicherung im Alter sicherzustellen.



PROGRESSIVE MIGRATIONS- POLITIK UND INKLUSION

Deutschland hat Einwanderung immer wieder aus unterschiedlichen Gründen erlebt. Die Rolle, die sie in unserer Gesellschaft spielt, wurde lange verleugnet und führte zu einer restriktiv gestalteten Einwanderungspolitik. Doch die globalen Migrationsflüsse steigen in einer vernetzten Welt, und der Klimawandel verstärkt die Abwanderung von Menschen aus bedrohten Gebieten. Es ist fernab der Realität, auf kurzfristige Integrationsmaßnahmen und restriktive Einwanderung zu setzen. Es bedarf eines Umdenkens in der Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik, denn die Globalisierung erfordert langfristige, grenzübergreifende Lösungen auf globale Herausforderungen. Wir wollen für Deutschland und Europa eine **progressive Asyl- und Einwanderungspolitik** gestalten, die das Menschenrecht auf Asyl konsequent umsetzt, transparente Regelungen für Einwanderungen findet und auf **Inklusion** statt auf Ausgrenzung setzt. Wir wollen sicherstellen, dass die Diskriminierung von Geflüchteten abgebaut wird und ihre Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft deutlich verbessert werden, um langfristige Bleibemöglichkeiten zu schaffen.

EINWANDERUNG

> **Etablierung eines progressiven Einwanderungsgesetzes** durch die Ausweitung der Westbalkan-Regelung und den Abbau von bürokratischen Hürden bei der Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung. Hiermit sollen langfristige Bleibemöglichkeiten für Asylbewerber*innen und geduldete Personen geschaffen werden. Der Arbeitsmarkt soll sich Menschen anpassen, die ausgeschlossen sind und wurden.

ASYL ERMÖGLICHEN UND MENSCHENWÜRDIG GESTALTEN

> **Beschleunigung des Asylverfahrens** sowie juristische Begleitung und engere kostenlose Beratung nach dem Vorbild der schweizerischen Flüchtlingshilfe.

> **Intensivierung des Resettlement-Verfahrens:** Als jährlicher Zielwert sollen 20.000 Personen aufgenommen werden, mit dem Fokus auf Familien mit kleinen Kindern. Unterstützend soll das Pilotprogramm „Neustart im Team“ (NesT) erweitert werden.

> **Eine einzelfallbezogene Prüfung des Schutzgrundes auch bei den sogenannten sicheren Herkunftsländern gewährleistet**, dass Menschen mit geschlechtsspezifischen Fluchtgründen Asyl gewährt wird. Nicht alle sind gleich bedroht; es bedarf eines differenzierten Blicks auf sichere Herkunftsländer, um vulnerable Gruppen zu schützen.

> **Die Kommunen erhalten das Recht, Geflüchtete aufzunehmen**, ohne dass der Bund zustimmen muss.

> **Inklusive Familienzusammenführungen und Familiennachzug für Menschen mit subsidiärem Schutzstatus** durch Abschaffung der Obergrenze für den Familien-

nachzug. Zudem sollen die Verfahren für den Antrag von Familiennachzug schneller durchlaufen werden. Familienzusammenführungen sollen in Deutschland für verwandtschaftliche Beziehungen bis zum dritten Grad ermöglicht werden.

TEILHABECHANCEN VON GEFLÜCHTETEN UND MIGRANT*INNEN

> **Stärkung von zukunftsgerichteten Aufnahmebedingungen für Geflüchtete** durch Zugang zum Bildungssystem ab Ankunftstag und Nachgang einer Beschäftigung ohne Genehmigung der Bundesagentur für Arbeit. Darüber hinaus wird eine umfassende Gesundheitsversorgung sichergestellt, einschließlich psychologischer Betreuung.

> **Verbesserung des Schutzes von vulnerablen Gruppen in den Sammelunterkünften** durch gleichmäßige Besetzung von Frauen und Männern, von denen einzelne als Ansprechpartner*innen insbesondere für vulnerable Menschen benannt werden. Zudem werden psychologische Betreuungsmöglichkeiten, Schutzräume oder gesonderte Unterbringungsmöglichkeiten eingerichtet.

AKTIVE BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG

In unserem Grundgesetz sind die Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die Gleichheit aller Menschen festgeschrieben. Chancengerechtigkeit und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen sind für uns die Säulen einer demokratischen und gerechten Gesellschaft. Wir wollen, dass diese Grundrechte für alle in dieser Gesellschaft aktiv gewährleistet werden. Alle Menschen sollen ihr Leben leben und gestalten können, ohne Hass fürchten zu müssen. Vor allem aber sollen alle Menschen in ihrer Verschiedenheit hinsichtlich ihrer Persönlichkeit und ihrer Lebensentwürfe in Sicherheit leben können. Wir wollen, dass diskriminierende und rassistische Strukturen anerkannt werden, und Menschen dazu befähigen, sich **aktiv für die Bekämpfung von Diskriminierung** einzusetzen. Alle Menschen sollen in ihrer Handlungsfähigkeit unterstützt werden, um sich gegen Diskriminierung und Rassismus zu wehren und sich für Betroffene einzusetzen.

DIREKTE UNTERSTÜTZUNG FÜR BETROFFENE

- > **Umfassende Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes für Betroffene von rassistischer und diskriminierender Gewalt** und ein Ausbau der Finanzierung von spezifischen Fachstellen für Opferberatung.
- > **Stärkung der Antidiskriminierungsstelle** durch Kompetenzerweiterung. Unterschiedliche Diskriminierungsformen und ihre spezifischen Wirkungsweisen müssen erfasst und ihnen jeweils mit spezifischen Maßnahmen begegnet werden. Dazu braucht es für die unterschiedlichen Diskriminierungsformen jeweils Beauftragte, die Expert*innen für die einzelnen Bereiche sind.
- > **Wirksames Vorgehen gegen Hetze und Hassverbrechen.** Dazu soll das Strafrecht um weitere Merkmale gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ergänzt und flächendeckend spezifische Ansprechpersonen in Polizei und Justiz benannt werden.

DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN

- > **Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie** durch zeitlich befristete Teilzeit nach der Rückkehr beider Elternteile aus der Elternzeit.
- > **Stärkung der Chancengleichheit in der Arbeitswelt:** Frauen verdienen durchschnittlich weniger als Männer (Gender Pay Gap). Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten müssen die tatsächliche Bezahlung nach Geschlechtern offenlegen und aufschlüsseln, um mehr Transparenz über die Bezahlung zu schaffen. Zusätzlich sollen mindestens 40 % aller Positionen in Gremien größerer Unternehmen sowie börsennotierter Unternehmen von Frauen besetzt werden müssen. Für staatliche Unternehmen muss ab 2025 eine Quote

gelten, bei der mindestens 50 % der Führungspositionen nicht von Männern besetzt sind.

- > **Streichung des Werbeverbotes für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a StGB)** sowie ein kostenfreier Zugang für alle Schwangeren bis zum Ende des ersten Trimesters. Weiterhin soll der Beratungszwang entfallen und der Ausbau von freiwilligen neutralen und unabhängigen Beratungsangeboten zur Verhütung und Schwangerschaftsabbrüchen gefördert werden.
- > **Periodenarmut bekämpfen** durch die Verteilung kostenloser Menstruationsprodukte an und in öffentlichen Orten. Durch entsprechende Bildungs- und Medienprogramme wollen wir die Aufklärung über gesunde Menstruationshygiene und die Enttabuisierung fördern.
- > **Umfassende Umsetzung eines Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen** zum Erfüllen der Verpflichtung der Istanbul-Konvention durch bspw. effizientere Bestrafung von häuslicher Gewalt und verstärkte Präventionsarbeit.
- > **Stärkung der Selbstbestimmung der Frau** durch die Legalisierung von nicht kommerziellen Leihmutterchafts-Abkommen und die Beibehaltung der Legalität von Sexarbeit auf freiwilliger Basis. Gewalt, Zwangsprostitution und Menschenhandel müssen stärker bekämpft werden.

DISKRIMINIERUNG VON QUEEREN MENSCHEN

- > **Erweiterung des Diskriminierungsschutzes** des Artikel 3, Absatz 3 Grundgesetz um das Merkmal der „sexuellen und geschlechtlichen Identität“.
- > **Abbau aller Hürden für einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag** und leichterem Zugang zu geschlechtsangleichenden Behandlungen.

- **Änderung des Abstammungsrechts**, um Regenbogenfamilien rechtlich anzuerkennen und abzusichern.
- **Verbot von Konversionsbehandlungen** und deren Bewerbung.
- **Einführung einer individuellen, nicht-diskriminierenden Risikobewertung** sowie Anpassung der Rückstellungsfristen bei der Blutspende.

DISKRIMINIERUNG VON MENSCHEN MIT BE_HINDERUNG

- **Umfassende Umsetzung der UN-Be_hindertenrechtskonvention**
- **Abbau von Barrieren im digitalen und öffentlichen Raum** (ÖPNV, Freizeit- und Kulturangebote, öffentliche Gebäude)
- **Gleichberechtigter Zugang zu Bildungsangeboten** und bessere Inklusion im Bildungssystem

RASSISMUS

- **Gemeinsam mit Expert*innen und betroffenen Gruppen eine andere Formulierung für den Begriff „Rasse“ finden.** Im Anschluss sollte der Begriff durch die neue Formulierung in allen Gesetzestexten (insbesondere im Grundgesetz) geändert werden.
- **Strukturellen Rassismus in Sicherheitsorganen bekämpfen**, unter anderem durch Gesetzesänderungen, welche die Praxis des Racial Profiling verhindern, die Schaffung von verstärkten Bildungsangeboten (in der Ausbildung sowie dienstbegleitend), die Förderung umfassender bundesweiter Studien über rassistische und extremistische Haltungen in Sicherheitsorganen, unabhängige Beschwerdestellen innerhalb der Polizei sowie eine

Kennzeichnungspflicht für Beamt*innen und die Nutzung von Bodycams.

- **Stärkung der Aufklärung deutscher Kolonialgeschichte**, unter anderem durch die Einbettung in die Erinnerungskultur und Bildungsarbeit, die Anerkennung von Verbrechen wie dem Völkermord an den Herero und Nama und die Rückgabe geraubten Kulturguts.

ANTISEMITISMUS

- **Alle Arten von Antisemitismus anhand der Working Definition of Antisemitism der International Holocaust Remembrance Alliance bekämpfen.** Dies soll passieren durch die bessere Aufarbeitung und Bekämpfung von antisemitischen Vorfällen, mehr Austausch im Bezug zu jüdischem Leben durch Lerninhalte zur Shoah und dem historischen Verlauf von Antisemitismus sowie die Stärkung und Unterstützung des jüdischen Lebens in allen gesellschaftlichen Bereichen.

NACHWORT

Erstarkender Nationalismus beschränkt die politische Denkweise auf nationales Handeln und gefährdet die europäische Einigung. Wir brauchen mehr Miteinander statt Nebeneinander. Wir brauchen mehr Füreinander statt Gegeneinander.

Wir brauchen mehr Europa – damit sich unsere Geschichte nicht wiederholt.

In allen 16 Bundesländern tritt Volt am 26. September 2021 zur Wahl für den 20. Deutschen Bundestag an. Mit dem klaren Anspruch, europäisch zu denken und zu handeln, gehen unsere Kandidat*innen an den Start. Sie stehen für gelebte Demokratie in einer freiheitlichen Gesellschaft, für eine starke Klimapolitik und bessere Bildung. Sie setzen sich ein für ein Europa, das den Menschen Chancen bietet – ein handlungsfähiges, föderales Europa, in dem Lösungen über Ländergrenzen hinweg gedacht, gefunden und umgesetzt werden.

In jedem Bundesland führt ein Kandidat*innen-Duo die dortige Volt-Landesliste an. Das entspricht der Selbstverpflichtung von Volt, alle Ämter und Kandidaturen paritätisch zu besetzen. Rebekka Müller und Hans-Günter Brünker ziehen als Spitzenkandidat*innen für Volt in den Wahlkampf.

Hier erfahrt ihr mehr darüber, wer in eurem Bundesland für Volt zur Wahl antritt, was die Kandidat*innen motiviert und was sie im Bundestag erreichen wollen:

volt.link/kandidierende



LILA IN DEN BUNDESTAG

BADEN-WÜRTTEMBERG



DR. JÖRDIS HOLLNAGEL
LISTENPLATZ 1
DIREKTKANDIDATIN
LUDWIGSBURG



FABIAN GAUKEL
LISTENPLATZ 2

BAYERN



SOPHIE GRIESBACHER
LISTENPLATZ 1
DIREKTKANDIDATIN
MÜNCHEN-WEST/MITTE



HANS-GÜNTER BRÜNKER
LISTENPLATZ 2
DIREKTKANDIDAT BAMBERG
SPITZENKANDIDAT

BERLIN



VALERIE STERNBERG-IRVANI
LISTENPLATZ 1
SPITZENKANDIDATIN
BERLIN-MITTE



PAUL LOEPER
LISTENPLATZ 2
SPITZENKANDIDAT
BERLIN-PANKOW

BRANDENBURG



EVELYN STEFFENS
LISTENPLATZ 1



BENJAMIN KÖRNER
LISTENPLATZ 2
DIREKTKANDIDAT
POTSDAM

BREMEN



ANNA LAURA TIESSEN
LISTENPLATZ 1



MICHAEL SPEER
LISTENPLATZ 2
DIREKTKANDIDAT
BREMEN 1

HAMBURG



LUCA ALEXANDRA BEITZ
LISTENPLATZ 1
DIREKTKANDIDATIN
HAMBURG-WANDSBEK



DIRK KOTTE
LISTENPLATZ 2

HESSEN



DAGMAR HEIL
LISTENPLATZ 1



MAXIMILIAN ZÄNKER
LISTENPLATZ 2
DIREKTKANDIDAT
FRANKFURT 1

MECKLENBURG-VORPOMMERN



DR. STEVE HILDEBRANDT
LISTENPLATZ 1



MERLE PELIKAN
LISTENPLATZ 2

SACHSEN



JESSICA ROITZSCH
LISTENPLATZ 1

SACHSEN-ANHALT



DIRK SCHERMER
LISTENPLATZ 1



LUISA STRACKELJAN
LISTENPLATZ 2

NIEDERSACHSEN



CAROLINE FLOHR
LISTENPLATZ 1



HELGE SCHMIDT
LISTENPLATZ 2

NORDRHEIN-WESTFALEN



REBEKKA MÜLLER
LISTENPLATZ 1
DIREKTKANDIDATIN KÖLN 1
SPITZENKANDIDATIN



DANIEL STAIGER
LISTENPLATZ 2
DIREKTKANDIDAT
DORTMUND 1

SCHLESWIG-HOLSTEIN



KATHARINA WÄGER
LISTENPLATZ 1



SIMON WADEHN
LISTENPLATZ 2
DIREKTKANDIDAT
KIEL

THÜRINGEN



LEONARD SOPHIE TRAUTMANN
LISTENPLATZ 1



MAXIMILIAN VOLZ
LISTENPLATZ 2

RHEINLAND-PFALZ



ALEXANDRA BARSUHN
LISTENPLATZ 1
DIREKTKANDIDATIN
SÜDPFALZ



DR. MICHAEL REUTHER
LISTENPLATZ 2

SAARLAND



NICOLAS KÜNZEL
LISTENPLATZ 1



ANDREEA GHEORGHE
LISTENPLATZ 2

#VOTEVOLT



PANDEMIE WIRKSAM BEKÄMPFEN



volt.link/corona

Volt Deutschland plädiert für ein europaweit koordiniertes, evidenzbasiertes Vorgehen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, das auf demokratisch legitimierten Krisenplänen beruht. Damit bereiten wir uns auch auf künftige Krisen besser vor.

Juni 2021: Seit rund eineinhalb Jahren hat Corona die Welt fest im Griff. In Deutschland sehen wir endlich Licht am Ende des Tunnels: Die Inzidenzen sinken, es wird schneller geimpft. Auch der Sommer ist endlich angekommen: Cafés und Restaurants öffnen ihre Außenterrassen für ein sonnenhungriges Publikum. Nach den langen Monaten, die so viele Menschen an ihre persönlichen Grenzen gebracht haben, ist das kollektive Aufatmen spürbar.

Doch machen wir uns nichts vor: Die Corona-Krise ist nicht vorbei. Expert*innen warnen vor der vierten Welle, Mutationen breiten sich aus. Im Berufsalltag, in den Familien, im Freundeskreis – das Virus hat viel gefordert und tiefe Spuren hinterlassen. Allein in Deutschland haben Zehntausende die Infektion nicht überlebt. Erkrankte kämpfen mit psychischen und körperlichen Langzeitfolgen. Im Einsatz für andere haben sich Menschen selbst in Gefahr gebracht. Viele haben Einschränkungen auf sich genommen, um andere zu schützen, und tragen noch lange an den persönlichen und wirtschaftlichen Folgen. Wie zerbrechlich die Selbstverständlichkeiten sind, auf denen unser aller Leben beruht, kam für viele Menschen überraschend, erst recht in der Größenordnung einer Pandemie. So hat das Virus auch die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf eine harte Probe gestellt.

Die Bilanz fällt im besten Fall durchwachsen aus. Zwar gab und gibt es immer Einzelne, die unter schwierigen Umständen Herausragendes leisten, die mutig entscheiden und persönlich Verantwortung übernehmen; doch im Großen und Ganzen waren unsere Institutionen und Entscheidungsträger*innen – und auch unsere Rechtsordnung – auf Corona nicht gut vorbereitet. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie waren

zu oft konzeptionslos, halbherzig, selten vorausschauend, manchmal sogar widersprüchlich. Zudem ging das schnelle Handeln, das in Krisenzeiten erforderlich ist, zu Lasten der Auseinandersetzung in den Parlamenten. Die Fehler und Versäumnisse bei der Bekämpfung der Pandemie, die mangelnde Vorbereitung und die Schwächen der öffentlichen Hand spielen den Gegner*innen unserer freiheitlichen, demokratischen Ordnung noch immer in die Hände.

Wie also umgehen mit Corona, mit weiteren Ausbrüchen und künftigen Wellen? Wie können wir es besser machen? Volt steht für Lösungen, die europäisch, demokratisch, evidenzbasiert, transparent, digital und effizient sind – und so sieht auch unser Zielbild für die Pandemiebekämpfung aus. So stellen wir uns eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung in Zukunft vor:

EUROPÄISCH

Grenzüberschreitend lösen die EU-Länder Probleme, die an Ländergrenzen nicht Halt machen. Die Staaten folgen einer gemeinsamen Strategie zur Bekämpfung der Pandemie. Wo es erforderlich ist, passen sie Maßnahmen flexibel an – koordiniert auch über Ländergrenzen hinweg. Für Schutzmaßnahmen steht der EU ein angemessenes Budget zur Verfügung, um Ausrüstung und Impfstoffe zu beschaffen und Vorräte anzulegen. Ein ausgebauter, europäischer Katastrophenschutz unterstützt einzelne Länder schnell und wirksam. Die Länder tauschen Fachpersonal und medizinische Geräte aus. Eine digitale Infrastruktur erlaubt es, Patient*innen länderübergreifend zu versorgen. Insgesamt ist die EU dauerhaft gut für die Vorbeugung und Bekämpfung von Pandemien aufgestellt. Als leistungsfähige Behörde unterstützt das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) die Gesundheitssysteme der einzelnen EU-Länder mit Handlungsempfehlungen, einem Frühwarnsystem und wissenschaftlichem Austausch. Die EU setzt sich weltweit für die Pandemiebekämpfung ein und arbeitet dabei mit der Weltgesund-

heitsorganisation (WHO) zusammen. Hier erhalten Länder Unterstützung, die die erforderlichen Gesundheits- und Lockdownmaßnahmen nicht aus eigener Kraft stemmen, ausreichend Impfstoffe nicht beschaffen und Impfkampagnen nicht umsetzen können.

DEMOKRATISCH

Unsere Parlamente diskutieren und beschließen Krisenpläne zur Pandemiebekämpfung, bevor der Handlungsdruck akut wird. Die Opposition kommt in der parlamentarischen Auseinandersetzung ausgiebig zu Wort. Die Exekutive handelt auf der Grundlage von Pandemieplänen, die in den Parlamenten verabschiedet werden, und darf Maßnahmen veranlassen, die bis zu drei Monate lang erhebliche Beschränkungen der Grundrechte vornehmen, wie etwa einen „harten“ Lockdown. Abweichungen vom Krisenplan bedürfen einer breiten parlamentarischen Mehrheit. Politik und Verwaltung werden von unabhängigen Expert*innen beraten, die wissenschaftliche Erkenntnisse aus allen betroffenen gesellschaftlichen Bereichen beisteuern. In einem parteiunabhängigen Krisenausschuss diskutieren Expert*innen aus Virologie, Epidemiologie, Klinik, Pflege, Soziologie, Psychologie, Wirtschaft, Ethik und Recht die gesellschaftlichen Folgen und Kosten der Pandemie und ihrer Bekämpfung. So gelingt der Spagat zwischen schnellem, entschlossenem Handeln in der Krise und demokratisch legitimierter Willensbildung, die Zeit und Debatten braucht. In den Kommunen finden offene Fraktionssitzungen, politische Stammtische und Veranstaltungen statt, auf denen sich Bürger*innen informieren und beteiligen können, flächendeckend und digital, transparent und barrierefrei. Damit steigt die Akzeptanz der Maßnahmen.

EVIDENZBASIERT UND TRANSPARENT

Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie beruhen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Diese Erkenntnisse stehen den Ver-

antwortlichen im Pandemie-Management frühzeitig zur Verfügung. Das funktioniert, weil die Bedingungen, unter denen sich Viren in Gesellschaften ausbreiten, kontinuierlich erforscht werden. Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung erhalten Unterstützung von einer gesundheitswissenschaftlichen Politikberatung, die integrativ, interdisziplinär und wissenschaftlich an die Fragestellungen herangeht, die an sie gerichtet werden. Verantwortliche in öffentlichen und privaten Einrichtungen handeln auf der Grundlage von Leitlinien, die die Besonderheiten unterschiedlicher Sektoren berücksichtigen. Wo Infektionen tatsächlich stattfinden und welche gesellschaftlichen Gruppen wie betroffen sind, wird systematisch wissenschaftlich untersucht, ebenso die Wirksamkeit von Lockerungsstrategien. Der parteiunabhängige Krisenausschuss (siehe oben) wird zu einer Dauereinrichtung. Das Gremium fördert den Austausch von Forschungsergebnissen zu Prävention, Erkrankung und Sterblichkeit. So wächst das Verständnis für die Covid-19-Erkrankung und künftige Pandemien. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, auf denen Maßnahmen des Pandemie-Managements beruhen, sind öffentlich zugänglich. Die Maßnahmen selbst werden gut begründet und erklärt. Bürger*innen sind in die Entscheidungen eingebunden.

DIGITAL

In den Gesundheitsämtern werden die Daten zur Kontaktverfolgung zusammengeführt, die über verschiedene Apps dort ankommen. Die Gesundheitsämter nutzen standardisierte Lösungen, die in der Pandemiebekämpfung halten, was sie versprechen. Open Source-Lösungen helfen dabei, Systeme und Medien zu verbinden. Die Beschäftigten ziehen alle mit, auch weil professionelles Veränderungsmanagement sie bei der Umsetzung der Neuerungen in ihrem Arbeitsalltag begleitet. Anwendungen wie Luca, die zwar mediale Aufmerksamkeit erhalten, den definierten Qualitätskriterien für Softwarelösungen aber nicht entsprechen, kommen nicht zum Einsatz. Stattdessen erweist

sich die Corona-Warn-App mit ihren neuen, datensparenden Funktionen nun als nützlich – auch wenn die Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung wissen, dass Apps und andere digitale Werkzeuge kein Allheilmittel sind. Die Digitalisierung entfaltet ihr wahres Potenzial, wenn die Abläufe nutzer*innenfreundlich gestaltet sind. Darauf konzentrieren sich die Anstrengungen für die Digitalisierung im öffentlichen Gesundheitsdienst.

EFFIZIENT

Die Verwaltung handelt schnell, koordiniert und zielgerichtet. Allen Beteiligten ist klar, welche Entscheidungen zu welchem Zeitpunkt auf welcher Ebene zu treffen sind. Bundeseinheitliche Regeln für Unternehmen, Schulen, Handel und andere öffentliche Einrichtungen setzen einen verlässlichen Rahmen. Sie erlauben es den Verantwortlichen, auf lokales Infektionsgeschehen angemessen, flexibel und verlässlich zu reagieren. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sind verhältnismäßig und nachvollziehbar. Sie werden von Appellen an das solidarische Verhalten jedes und jeder Einzelnen begleitet – und die Einhaltung von Regeln kontrolliert. Regelmäßige Tests sind Normalität. Dank eines flächendeckenden Monitorings werden Infektionsherde schnell erkannt und eingedämmt. Mutationen werden schnell entdeckt, die Impfstoffe entsprechend angepasst. Die Testergebnisse werden zentral gesammelt und ausgewertet, um regelmäßig weitere Erkenntnisse über das Virus und seine Verbreitung zu gewinnen.

Wissenschaft und Forschung produzieren laufend neue Erkenntnisse über Covid-19 und die Auswirkungen der Pandemie auf Individuen, Gruppen und Gesellschaften. Die Erkenntnisse, die hier gewonnen werden, sollten unsere nächsten Schritte lenken – bei der Bekämpfung von Corona, beim Management der Folgen und auch dabei, uns für mögliche kommende Epidemien zu rüsten. Dafür brauchen wir Reformen, für die wir kreativ neu denken und mit denen innovative Lösungen ihre Wirkung entfalten. Denn

wir sind auf leistungsfähige staatliche Institutionen angewiesen, deren Handeln demokratisch legitimiert ist, die die Chancen der Digitalisierung richtig nutzen und die Bürger*innen dabei mitnehmen. Vor uns liegen noch viele weitere, große Herausforderungen, die wir nur meistern werden, wenn wir frühzeitig, schnell, entschieden und vorausschauend vorgehen. Dafür können wir aus der Corona-Krise viel lernen.

Hier gibt's mehr: Volt ist bunt – auch in den sozialen Medien:

Wir sind mehr als eine Partei: Wir sind eine wachsende europaweite Bewegung und leben zuallererst von der Energie und Kraft all der Menschen, die sich mit uns und bei uns engagieren. Mit unseren Ideen und unserer Politik wollen wir Menschen begeistern, sich politisch zu beteiligen und die Gesellschaft von morgen selbst mitzugestalten. Für viele von uns war Volt der Start ins politische Engagement.

Sei auch Du dabei – der erste Schritt ist ganz einfach! Wenn Du Dich für neue Politik in einem neuen Europa einsetzen möchtest, folge den Social Media-Kanälen von Volt Deutschland: Ob Videoformate wie „Volt meets Experts“ oder unsere Politik Battles mit anderen Parteien, Instagram Lives mit unseren Kandidierenden, die großen Momente aus dem Wahlkampf oder Aktionen wie #Rejoin, #MarryABrit oder #Europe-Cares: Wir leben Politik zum Mitmachen – #NeuePolitik für die #GenerationEuropa.



VOLT ON SOCIAL MEDIA



Volt Deutschland



@VoltDeutschland



@voltdeutschland

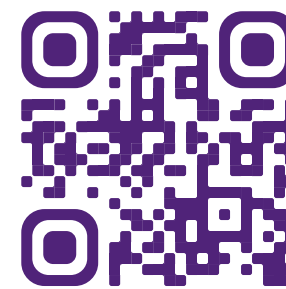


VoltDeutschland



**DU WILLST AUCH
NEUE POLITIK FÜR
EIN NEUES EUROPA?**

**DANN STIMME
AM 26.9. FÜR DIE
GENERATION EUROPA
UND WÄHLE VOLT.**



volt.link/spenden

**Du bist überzeugt
von unserer Vision?
Dann unterstütze
unsere Kampagne
mit Deiner Spende.
Vielen Dank!**



Volt Deutschland



@VoltDeutschland



@voltdeutschland



VoltDeutschland

www.voltdeutschland.org

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE